PROFILPROJEKT

20 JAHRE

FRIEDENSFORSCHUNG

IMPULSE STIFTUNG

DEUTSCHE

FRIEDEN

FORSCHUNG

FÖRDERKONZEPT

DIGITALISIERUNG

WIDERSTAND

PANDEMIE

JAHRESBERICHT 2021

DSF

4 VORWORT

5 VORSTELLUNG
5 Vorstellung der DSF

8 FÖRDERUNG
8 Förderangebote der Stiftung
8 Übersicht zu den geförderten Projekten 2021
9 Forschungsprojekte in der offenen Förderung
10 Forschungsprojekte 2021
27 Geförderte Projekte in der thematischen Förderung 2021
30 Förderbereich 2: Vernetzung und Wissenstransfer
31 Das Friedensgutachten 2021

36 PUBLIKATIONEN
36 Stiftungseigene Publikationen
36 Aus geförderten Forschungsprojekten
39 Aus Tagungen und Vernetzungsprojekten

40 GREMIEN
40 Der Stiftungsrat
41 Der Vorstand
41 Der Wissenschaftliche Beirat

42 FINANZEN UND VERWALTUNG
42 Das Vermögen
44 Der Jahresabschluss 2021
45 Die Ertragslage
46 Bestätigungsvermerk
47 Die Geschäftsstelle
48 Die Ludwig Quidde-Stiftung

VORWORT

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung blickt auf eine zwanzigjährige Fördertätigkeit zurück, mit der sie die Entwicklung der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland begleitet hat. In der zweiten Jahreshälfte 2001 nahm die Stiftung die ersten Projekte in die Förderung auf. Nur wenig später folgten die Ausschreibungen für das Sonderprogramm zur Struktur- und Nachwuchsförderung, das nachhaltige Impulse für den institutionellen Aufbau des Forschungsfeldes geben sollte. Das Modell einer politisch und finanziell unabhängigen Fördereinrichtung hat sich über die Jahre bewährt, wie auch der Wissenschaftsrat in seinem Evaluationsbericht vom Juli 2019 nachdrücklich hervorhob.

In den 20 Jahren Ihres Bestehens hat sich auch die Stiftung selbst grundlegend gewandelt. Sie hat sich institutionell und förderprogrammatisch neu aufgestellt. In diesem Kontext verabschiedete der Stiftungsrat im Oktober 2020 das neue Förderkonzept „Forschungsinnovation // Netzwerkbildung // Wissenstransfer – Förderimpulse für die Friedens- und Konfliktforschung", das seit Januar 2021 den maßgeblichen Rahmen für alle Förderangebote der DSF setzt. Es unterscheidet zwischen drei verschiedenen Förderbereichen:

- FÖRDERBEREICH 1: FORSCHUNGSPROJEKTE
- FÖRDERBEREICH 2: VERNETZUNG UND WISSENSTRANSFER
- FÖRDERBEREICH 3: THEMATISCHE FÖRDERLINIE

Aufgrund finanzieller Zuflüsse aus dem Bundeshaushalt konnte die Stiftung nicht nur die Förderangebote breiter aufstellen, sondern auch die Förderbudgets, insbesondere bei der Finanzierung von Forschungsprojekten, besser ausstatten. Unser Dank gilt dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, die mit ihren Zustiftungen bzw. Zuwendungen die Umsetzung des neuen Förderkonzeptes möglich gemacht haben.

Bei der Erfüllung des Stiftungszwecks ist die Stiftung auf vielfältige Unterstützung angewiesen, für die wir uns an dieser Stelle herzlich bedanken wollen. Hierzu zählen insbesondere die zahlreichen Gutachterinnen und Gutachter, die ihre Zeit und Expertise unentgeltlich zur Verfügung stellen. Des Weiteren gilt unser Dank den Mitgliedern der DSF-Stiftungsgremien für das große ehrenamtliche und passionierte Engagement. Schließlich möchten wir es nicht versäumen, auch die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen hervorzuheben, die wir in der Zukunft gerne fortsetzen werden.

Prof. Dr. Ulrich Schneckener
Vorsitzender des Vorstandes der DSF und Center for the Study of Conflict and Peace (CeCoP) der Universität Osnabrück

Vorstellung der DSF

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) wurde im Oktober 2000 von der Bundesrepublik Deutschland als Einrichtung der Forschungsförderung gegründet. Nach §2 der Stiftungssatzung besteht der grundlegende Stiftungszweck darin, „die Friedensforschung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Bedeutung gemäß insbesondere in Deutschland dauerhaft zu stärken und zu ihrer politischen und finanziellen Unabhängigkeit beizutragen".

Zur Erfüllung des Stiftungszwecks fördert die DSF wissenschaftliche Projekte der Friedens- und Konfliktforschung und trägt damit zur inhaltlichen und strukturellen Weiterentwicklung des Forschungsfeldes bei.

Die Stiftung unternimmt keine eigenen Forschungen, sie gibt jedoch über ihre Förderangebote und wissenschaftliche Konferenzen Impulse in das Forschungsfeld. Darüber hinaus unterstützt sie mit eigenen Formaten den Wissenstransfer in Politik und Gesellschaft.

Die DSF ist eine Stiftung bürgerlichen Rechts und im Sinne der Abgabenordnung als gemeinnützig anerkannt. Die Geschäftsstelle der Stiftung befindet sich in der Friedensstadt Osnabrück.

Förderung mit mehr Möglichkeiten – das neue Förderkonzept

Der Stiftungsrat der DSF verabschiedete auf seiner Sitzung im Oktober 2020 unter dem Titel „Forschungsinnovation, Vernetzung, Wissenstransfer" ein neues Förderkonzept.

Hierin stellt die Stiftung die übergreifenden Zielsetzungen ihrer Förderaktivitäten vor, auf die die verschiedenen Förderangebote abgestimmt sind. Diese sollen dazu beitragen, die Friedens- und Konfliktforschung strukturell und inhaltlich weiterzuentwickeln. Im Fokus sollen thematisch und methodisch originelle Forschungsideen stehen, die zugleich ein Potenzial haben, Wissensbestände für politisches und gesellschaftliches Handeln verfügbar zu machen. Darüber hinaus sollen die Förderangebote Räume für interdisziplinäres und vernetztes Forschen sowie Forschungskooperationen auf internationaler Ebene stärken. Die Stiftung setzt auf eine nachhaltige Wirkung ihrer Förderung, weshalb sie insbesondere junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterstützt. Sie achtet zudem auf Chancengleichheit und den reflexiven Umgang mit Fragen von Diversität und Pluralität in der Friedens- und Konfliktforschung.

Das seit Januar 2021 gültige Förderkonzept untergliedert sich nunmehr in drei Förderbereiche:

Der „Förderbereich 1: Forschungsprojekte" stellt Mittel für kleine und größere Forschungsprojekte zur Verfügung, mit denen neue Forschungsthemen für die Friedens- und Konfliktforschung erschlossen und anwendungsbezogene Erkenntnisse generiert werden können. Der „Förderbereich 2: Vernetzung und Wissenstransfer" unterstützt wissenschaftliche Projekte aus dem Forschungsfeld, die sich der internationalen und interdisziplinären Zusammenarbeit, der Vernetzung und dem Wissenstransfer widmen. Im „Förderbereich 3: Thematische Förderlinie" werden Fördermittel für Forschungsfelder und aktuelle Forschungsbedarfe bereitgestellt, die noch keine hinreichende Verankerung in der Friedens- und Konfliktforschung gefunden haben. Die Förderbereiche stehen komplementär zueinander, d. h. eine Förderung schließt eine Antragstellung im anderen Bereich nicht aus.

FÖRDERBEREICH 1: FORSCHUNGSPROJEKTE			
PROFILPROJEKT	Regellaufzeit Fördersumme	30 Monate 150 T€ (max.)	Freie Themenwahl Flexible Projektgestaltung Feste Antragstermine
PILOTPROJEKT	Regellaufzeit Fördersumme	12 Monate 50 T€ (max.)	

FÖRDERBEREICH 2: VERNETZUNG UND WISSENSTRANSFER			
FORSCHUNGSNETZWERK	Regellaufzeit Fördersumme	24 Monate 25 T€ (max.)	Freie Themenwahl Flexible Antragstellung
INTERNATIONALE FACHTAGUNG	Fördersumme	20 T€ (max.)	
VERNETZUNGSPROJEKT	Fördersumme	10 T€ (max.)	
TRANSFERPROJEKT	Fördersumme	10 T€ (max.)	

FÖRDERBEREICH 3: THEMATISCHE FÖRDERLINIE	
Die DSF schreibt die Fördermittel für ein besonderes thematisches Forschungsgebiet aus. Relevante Forschungsfragen sollen aus unterschiedlichen disziplinären und interdisziplinären Perspektiven bearbeitet werden. Die **Förderformate** wie Forschungsprojekte, Internationale Tagungen und Vernetzungsprojekte werden in der jeweiligen Ausschreibung festgelegt. Gleiches gilt für die Laufzeiten und Fördersummen.	Fixe Themenbindung Flexible Projektgestaltung Feste Antragstermine

Förderbereiche und -formate der DSF

Ausschreibung neuer Förderlinie

Im Förderbereich 3 schrieb die Stiftung im Jahr 2021 unter dem Titel „Ambivalenzen der Digitalisierung für Frieden und Sicherheit“ die erste thematische Förderlinie aus, die mit einer Zuwendung aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert wurde. Zu zwei Antragsterminen Mitte Mai und Anfang Oktober konnten Anträge auf Förderung von Profil- und Pilotprojekten sowie für Forschungsnetzwerke und Internationale Fachtagungen eingereicht werden. Die Mittel für die Förderlinie beliefen sich auf 700.000 Euro. Das Thema der Förderlinie gründete auf der Beobachtung, dass Digitalisierungsdynamiken eine weltweite Transformation in Gang gesetzt haben, die erheblichen Einfluss auf Fragen internationaler Sicherheit und Friedensprozesse sowie auf das friedliche Zusammenleben auch in der eigenen Gesellschaft haben. Die Veränderungsprozesse vollziehen sich insbesondere in den Bereichen Vernetzung, Kognition, Autonomie, Virtualität und Wissen. Von maßgeblicher Bedeutung ist ferner die Debatte über künstliche Intelligenz. Die Ausschreibung zielte auf die Generierung origineller Forschungsprojekte, die aus der Perspektive der Friedens- und Konfliktforschung die Ambivalenzen der Digitalisierung für Frieden und Sicherheit beleuchten.

Förderangebote der Stiftung

Das neue Förderkonzept[1] beinhaltet drei verschiedene Förderbereiche mit unterschiedlichen Möglichkeiten der Antragstellung:

- Förderbereich 1: Forschungsprojekte Profilprojekte und Pilotprojekte
- Förderbereich 2: Vernetzung und Wissenstransfer Forschungsnetzwerke, Internationale Fachtagungen, Vernetzungsprojekte und Transferprojekte
- Förderbereich 3: Thematische Förderlinie individuelle Auswahl an Förderformaten (je nach Schwerpunkt der Förderlinien)

Übersicht zu den geförderten Projekten 2021

Das Förderjahr 2021 war vom Übergang vom bisherigen zum neuen Förderkonzept geprägt. So wurden die letzten Forschungsvorhaben bewilligt, die noch zu den früheren Konditionen im November 2020 eingereicht worden waren. Im weiteren Jahresverlauf folgten dann Projektanträge auf der Grundlage des neuen Förderkonzeptes (Mai 2021). Hieraus erklären sich die unterschiedlichen Benennungen der Projektformate, die in diesem Jahresbericht aufgeführt sind.

Für Projektförderungen in den drei Förderbereichen stellte die DSF 2021 insgesamt 963 Tsd. Euro bereit. Davon entfielen 928 Tsd. Euro auf die thematisch offene Förderung und 35 Tsd. Euro auf die Abschlusstagung zur DSF-Förderlinie „Neue Technologien: Risiken und Chancen für internationale Sicherheit und Frieden“ (2018-2019).

Aufgrund der laufenden Begutachtungsverfahren für die Förderlinie „Ambivalenzen der Digitalisierung für Frieden und Sicherheit“ fielen sämtliche Förderentscheidungen in das Folgejahr.

Die folgende Übersicht zeigt die Verteilung der bereitgestellten Mittel auf die einzelnen Förderkategorien:

PROJEKTART	BEWILLIGUNG
Standardprojekte nach vorherigen Förderkonzept	329 Tsd. Euro
Thematische Förderung (Kooperationstagung)	35 Tsd. Euro
Förderbereich 1: Forschungsprojekte	513 Tsd. Euro
Förderbereich 2 Vernetzung und Wissenstransfer	86 Tsd. Euro

Verteilung der Förderformate

[1] Der Gesamttext des Förderkonzeptes ist auf der Homepage einsehbar – auch in englischer Sprache.

Forschungsprojekte in der offenen Förderung

Die DSF nahm 22 von 24 eingereichten Anträgen auf Projektförderung in das Begutachtungs- und Entscheidungsverfahren im Förderbereich 1 auf. Sie bewilligte Fördermittel in einer Gesamthöhe von 842 Tsd. Euro für acht Forschungsvorhaben, davon drei Standardprojekte (altes Förderkonzept), drei Profil- und zwei Pilotprojekte (nach dem neuen Förderkonzept).

STANDARDPROJEKT

Antragstermin November 2020
Gesellschaftliche Integration durch Pro-Kontakt-Normen? Der Einfluss sozialer Normen auf die Bereitschaft zur Aufnahme von Intergruppenkontakt
Prof. Dr. Mathias Kauff, Medical School Hamburg und Prof. Dr. Oliver Christ, FernUniversität Hagen

Antragstermin November 2020
Sexualisierte Gewalt gegen Männer im Kontext von Krieg und Vertreibung
Dr. Yuriy Nesterko, Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie, Universität Leipzig

Antragstermin November 2020
Neuer Lokalismus: Ressource friedlicher Konfliktbearbeitung in Stadt und Land
Prof. Dr. Henning Nuissl , Geographisches Institut, Humboldt-Universität zu Berlin und Prof. Dr. Antonie Schmiz, Institut für Geographische Wissenschaften/Fachbereich Geowissenschaft, Freie Universität Berlin

PILOTSTUDIE

Antragstermin Mai 2021
Datensatzprojekt zur mehrdimensionalen Messung von Militarisierung (3m-Dataset)
Prof. Dr. Aurel Croissant, Institut für Politische Wissenschaft, Universität Heidelberg und Dr. Markus Bayer, Bonn International Center for Conflict Studies (BICC) GmbH

Antragstermin Mai 2021
Machbarkeitsstudie über „Technische Vertrauensbildende Maßnahmen" zur Stärkung des Biowaffenübereinkommens
Prof. Dr. Wolfgang Streit und Dr. rer. nat. Mirko Himmel, Institut für Pflanzenwissenschaften und Mikrobiologie, Abt. Mikrobiologie und Biotechnologie, Universität Hamburg

Antragstermin Mai 2021
Forensische Messungen in Reaktoren zur Überprüfung der nuklearen Abrüstung: Ein neuer Ansatz
Prof. Dr. rer. nat. Malte Göttsche, Aachen Institute for Advanced Study in Computational Engineering Science (AICES), RWTH Aachen University

Antragstermin Mai 2021
Widerstände und Rückschritte in der Realisierung von gendersensiblen Menschenrechten in der Friedensförderung
Dr. Simone Wisotzki und Victoria Scheyer, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Antragstermin Mai 2021
Gender in der deutschen Friedens- und Sicherheitspolitik: Eine feministische Analyse deutscher Bundestagsdebatten zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr, 1987-2017
Dr. Frank A. Stengel, Arbeitsbereich Internationale Politische Soziologie, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Forschungsprojekte aus offener Förderung

Gesellschaftliche Integration durch Pro-Kontakt-Normen? Der Einfluss sozialer Normen auf die Bereitschaft zur Aufnahme von Intergruppenkontakt

Projektleitung
Prof. Dr. Mathias Kauff und
Prof. Dr. Oliver Christ
Institution
Medical School Hamburg und
FernUniversität Hagen
Fördersumme
109 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Standardprojekt, 24 Monate

Wie in vielen anderen Ländern ist in Deutschland die Anzahl an Eingewanderten und deren Nachkommen in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen, und mit ihr das Ausmaß der ethnischen und kulturellen Diversität. Die zunehmende Diversität von Gesellschaften geht mit der Frage einher, wie das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen ethnischen und kulturellen Hintergründen positiv gestaltet werden und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden kann – eine Frage, die vor dem Hintergrund von stärker werdenden rechtspopulistischen Strömungen in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat.

Eine Reihe sozialwissenschaftlicher Analysen weist auf mögliche negative Folgen von Diversität für den sozialen Zusammenhalt und den innergesellschaftlichen Frieden hin. Neuere Befunde zeigen aber auch die positiven Auswirkungen von Diversität. Diese sind insbesondere dann zu beobachten, wenn Möglichkeiten für Kontakt zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen genutzt werden. Dieser Kontakt fördert nicht nur Toleranz, sondern auch den sozialen Zusammenhalt und stellt somit einen wichtigen Bedingungsfaktor für das Funktionieren ethnisch und kulturell diverser Gesellschaften dar.

Das Projekt adressiert die bisher wenig beforschte Frage, wie Menschen ohne Einwanderungsgeschichte dazu bewegt werden können, Möglichkeiten zur Aufnahme von Kontakt mit Eingewanderten und deren Nachkommen anzunehmen. Konkret untersuchen wir, ob durch die Veränderung sozialer Normen die Bereitschaft für Intergruppenkontakte erhöht werden und somit das Potential von Intergruppenkontakten für einen stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalt genutzt werden kann.

Soziale Normen sind Standards, die innerhalb von Gruppen bestehen und bestimmte Einstellungs- und Verhaltensmuster von Gruppenmitgliedern wahrscheinlicher machen. Sie sind meist nicht explizit und formal festgehalten und können ihre Wirkung auf individuelle Einstellungen und Verhaltensweisen unbemerkt entfalten. Individuelle Einstellungen und Verhaltensweisen orientieren sich dabei vorrangig an der subjektiven Wahrnehmung sozialer Normen in bestimmten Gruppen und Kontexten. Entsprechend können Einstellungen und Verhalten durch die Änderung der Wahrnehmung von sozialen Normen beeinflusst werden. Darauf aufbauend nehmen wir in diesem Projekt an, dass soziale Normen, die Intergruppenkontakt als üblich darstellen und/oder befürworten, die Bereitschaft zur Kontaktaufnahme mit Mitgliedern ethnischer Minoritäten erhöhen.

Der Zusammenhang zwischen sozialen Normen und der Bereitschaft zu Intergruppenkontakt soll anhand mehrerer experimenteller Studien untersucht werden. Dabei werden teilnehmenden Personen Informationen gegeben, aus denen soziale Normen abstrahiert werden können (z.B. Informationen über die Anzahl anderer Personen, die regelmäßig Intergruppenkontakt haben oder Informationen über die institutionelle Unterstützung von Intergruppenkontakt). Die Bereitschaft zu Intergruppenkontakt wird dann über verschiedene Operationalisierungen erhoben – z.B. über das Erfassen einer Verhaltensintention im Rahmen von Selbstbericht-Fragebögen („Wenn Sie es sich aussuchen könnten, hätten Sie gerne mehr Kontakt mit türkischstämmigen Menschen?“), aber auch durch die konkrete Erfassung von Verhalten.

Wir nehmen an, dass sich aus dem Projekt Erkenntnisse zur Förderung von Intergruppenkontakt in unterschiedlichen Kontexten ableiten lassen, die nicht nur konkrete Programme betreffen, sondern auch generelle politische Entscheidungen. Dabei ist zu beachten, dass die Wahrnehmung sozialer Normen relativ gut beeinflussbar ist, insbesondere im Vergleich zu schwer veränderbaren individuellen Merkmalen. Gleichzeitig können über die Veränderung der Wahrnehmung sozialer Normen viele Menschen erreicht werden.

Sexualisierte Gewalt gegen Männer im Kontext von Krieg und Vertreibung

Projektleitung
Dr. Yuriy Nesterko
Institution
Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie, Universität Leipzig
Fördersumme
110 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Standardprojekt, 24 Monate

Sexualisierte Gewalt im Kontext von Krieg und Vertreibung stellt eine der schwerwiegendsten und am stärksten tabuisierten Formen der Menschenrechtsverletzungen in bewaffneten Konflikten dar und wird zu den Kriegsverbrechen gezählt. Spätestens seit dem Ende der 1990er Jahre, im Zuge der Aufarbeitungen der kriegerischen Auseinandersetzungen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens sowie des Völkermordes in Ruanda, rückte das Thema vermehrt in den Fokus der allgemeinen Berichterstattung und der Politik, aber auch der Forschung. Bis auf wenige Ausnahmen beziehen sich die wissenschaftlichen Arbeiten auf kriegsassoziierte sexualisierte Gewalt gegenüber der weiblichen Zivilbevölkerung. Wissenschaftliche Berichte über sexualisierte Gewalt gegen Männer, sowohl Zivilisten als auch Soldaten, im Zusammenhang mit vergangenen wie auch aktuell andauernden Konflikten, sind bislang rar. Generell ist davon auszugehen, dass das Sprechen über erfahrene sexualisierte Gewalt sowohl für Frauen als auch für Männer mit großen Hürden auf individueller (z.B. Gefühle von Scham, Schuld oder Angst vor Stigmatisierung und Diskriminierung) und gesellschaftlicher Ebene (z.B. Geschlechterbilder und -rollen, Opferstatus, juristische Aufarbeitung) verbunden ist. Nicht zuletzt aus diesem Grund wird eine hohe Dunkelziffer, insbesondere bei männlichen Betroffenen, vermutet. Folglich sind kaum verlässliche Schätzungen zur Häufigkeit von sexualisierter Gewalt gegen Männer möglich, wobei immer wieder darauf verwiesen wird, dass so gut wie in jedem be-

© SRDJAN – STOCK.ADOBE.COM

waffneten Konflikt der jüngsten Geschichte solche Fälle dokumentiert wurden. Besonders vulnerable Gruppen sind geflüchtete und vertriebene Männer, homosexuelle Männer, Transmänner, Männer mit Behinderungen und/oder Männer, die direkt in ein Konfliktgeschehen involviert sind bzw. waren und aufgrund ihrer nationalen, ethnischen, politischen und/oder religiösen Zugehörigkeit attackiert und in Gefangenschaft genommen werden.

Im Rahmen des Projektes soll zum einen eine differenzierte phänomenologische Auseinandersetzung mit dem Thema aus psychologischer Perspektive erfolgen. Zum anderen sollen erste empirisch belastbare Daten zu kurz- und langfristigen Folgen mit Blick auf die psychische und physische Gesundheit der Betroffenen gewonnen werden. Ein besonderer Fokus soll darüber hinaus auf der Erforschung der Frage nach bestehenden Barrieren seitens der betroffenen Männer, über ihre sexualisierten Gewalterfahrungen zu berichten, gelegt werden.

Vorgesehen ist eine Mixed-Methods-Studie mit partizipativem Ansatz: Es sollen in der ersten Projektphase halbstrukturierte, problemzentrierte Interviews mit 10 Betroffenen durchgeführt werden. Auf deren Grundlage und mithilfe der Interview-Teilnehmenden in der zweiten Projektphase wird ein Fragebogen zur Erfassung verschiedener Formen sexualisierter Gewalt gegen Männer sowie deren Folgen konzipiert, pilotiert und in einem größeren Kollektiv von geflüchteten Männern mit entsprechenden Erfahrungen eingesetzt werden.

Begleitend zur wissenschaftlichen Untersuchung wird eine Online-Plattform[1] etabliert, die zu einer breiteren Informationsvermittlung über sexualisierte Gewalt gegen Männer mit Fluchthintergrund sowohl für Betroffene als auch für praktisch Tätige im Versorgungsbereich bereitgestellt werden soll. Mithilfe dieser Online-Plattform sollen die Hürden für eine Teilnahme an der geplanten Untersuchung reduziert werden. Die Plattform soll in enger, seit Jahren bestehender Kooperation mit zahlreichen psychosozialen Beratungs- und Versorgungseinrichtungen für Geflüchtete, Folteropfer, LGBTIQ+-Geflüchtete sowie männliche Betroffene von sexualisierter Gewalt, aufgebaut werden.

Das geplante Vorhaben verfolgt zum einen das Ziel, mehr Öffentlichkeit für das bislang stark tabuisierte Thema zu schaffen, zum anderen sollen erste belastbare, evidenzbasierte Daten für weiterführende Erforschung des Phänomens generiert werden. Darüber hinaus soll mit dem im Rahmen des Projektes zu entwickelnden Fragebogen ein Instrumentarium zur besseren Identifikation sowie bedarfsorientierten Versorgung von männlichen Betroffenen für praktisch Tätige geschaffen und frei zugänglich gemacht werden. Mit den zu erwartenden Befunden zielt das Projekt damit auf die Ableitung von Handlungsempfehlungen für die Akteure in den versorgungsrelevanten Praxisfeldern, um männlichen Betroffenen von sexualisierter Gewalt im Kontext von Krieg und Vertreibung an ihren spezifischen Bedürfnissen orientierte, kultursensible Unterstützungsmaßnahmen anbieten zu können. Das übergeordnete Anliegen des Projektes ist in dem Bestreben zu sehen, einen sicheren Raum für die Betroffenen zu schaffen, in dem das Berichten über sexualisierte Gewalterfahrungen ermöglicht wird.

[1] Die Online-Plattform ist nach dem aktuellen Stand (31.07.2023) bereits zugänglich und kann hier eingesehen werden: https://www.malesurvivors-crsv.org/

Neuer Lokalismus: Ressource friedlicher Konfliktbearbeitung in Stadt und Land

Projektleitung
Prof. Dr. Henning Nuissl und
Prof. Dr. Antonie Schmiz
Institution
Geographisches Institut, Humboldt-Universität zu Berlin und Institut für Geographische Wissenschaften/Fachbereich Geowissenschaft, Freie Universität Berlin
Fördersumme
110 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Standardprojekt, 24 Monate

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer erstarkenden radikalen Rechten wird eine Zunahme und Vertiefung innergesellschaftlicher Bruchlinien innerhalb zahlreicher liberaler Demokratien prognostiziert. Während diese Frakturen gesamtgesellschaftlich, etwa bei Streithemen auf nationaler oder europäischer Ebene, in zunehmender Weise deutlich sichtbar werden, zeigen sich ihre lokalen Ausprägungen oft sehr viel komplexer. Zugleich werden hier nahräumliche Potenziale zur innergesellschaftlichen Konfliktbearbeitung vermutet. Das Projekt „Neuer Lokalismus: Ressource friedlicher Konfliktbearbeitung in Stadt und Land" bearbeitet daher aus dem disziplinären Kontext der Humangeographie diese Forschungslücke in der internationalen Friedens- und Konfliktforschung (IFKF).

© VALENTIN DOMANN

Protestplakat einer Bürgerinitiative für die Begrenzung der Tragfähigkeitsbeschränkung einer Bundesstraße.

Die IFKF nimmt unter dem Schlagwort des ‚spatial turns' vermehrt raumsensible Perspektiven ein. Auch der Projektfokus bettet sich in einen allgemeinen Trend der Hinwendung zum lokalen Umfeld ein, der seit einigen Jahren in analogen oder auch digitalen Formen zu beobachten ist und dessen Erscheinungsformen wir als „Neuen Lokalismus" bezeichnen. In seinen Ausprägungen zieht sich das Phänomen durch unterschiedlichste Milieus und soziale Räume. Seine Formen reichen vom ökologisch motivierten Mobilitätsverzicht über die Vernetzung von städtischen Konsument*innen mit regionaler Landwirtschaft oder die Wiederentdeckung der Nachbarschaft in Form von Tausch- oder Solidarpraktiken bis hin zur (Re-)Konstruktion räumlich definierter Identitäten und Heimaten, die zunehmend als „Verteidigung" essentialisierter Grenzen gegenüber „Anderen" erfolgt.

Weder die Potenziale, die der Neue Lokalismus für die friedliche Bearbeitung von Konflikten bergen könnte, noch die Gefahren, die er möglicherweise mit Blick auf die Vertiefung bestehender Frakturen mit sich bringt, sind bisher systematisch untersucht worden. Das Projekt widmet sich daher der Frage, unter welchen Bedingungen neue lokalistische Praktiken und Diskurse die friedliche innergesellschaftliche Konfliktbearbeitung befördern können.

Im Zentrum der Projektarbeit steht eine empirische Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Formen des Neuen Lokalismus und dessen Konfliktbearbeitungspotenzialen. Vier lokale Konflikte, sie alle entzünden sich an Fragen rings um internationale (Flucht-)Migration und motorisierten Verkehr, dienen als Fallstudien des Projekts. Zwei von ihnen sind in einer dichten und urbanen Nachbarschaft Berlins, zwei

© JUDITH RIETZL

Auf den Vorstoß einer Bürgerinitiative hin soll eine Berliner Nachbarschaft weitgehend autofrei werden.

weitere im ländlichen Raum Brandenburgs lokalisiert. Dies dient einerseits der Abbildung eines breiten Spektrums unterschiedlicher lokalistischer Diskurse und Praktiken, andererseits können so a priori Zuweisungen zu bestimmten Räumen und Milieus zu vermeiden werden.

Die qualitative empirische Arbeit beruht auf Presseanalysen, ethnographischer Feldforschung, diskursiven Interviews und Expert*inneninterviews. Auf der Grundlage einer Triangulation der mit diesen Methoden gewonnenen Befunde werden die Bedingungen identifiziert, unter denen lokalistische Praktiken und Diskurse eine friedliche oder eine gewaltvolle gesellschaftliche Konfliktbearbeitung befördern. Das Forschungsprojekt nimmt eine relationale komparative Perspektive ein, kontrastiert also zunächst die einzelnen Konflikte nach ausgewählten Dimensionen und generalisiert anschließend die Befunde. Dieses Vorgehen stellt sicher, dass die Fallstudien nicht lediglich als Einzelfälle betrachtet werden, sondern dass fallübergreifende Aussagen getroffen werden können, die schließlich Eingang in den Wissenstransfer finden.

Aufgrund des offenen und explorativen Charakters des Projektes lassen sich erwartete Ergebnisse nur vorsichtig vorwegnehmen. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass sehr unterschiedliche Konfliktkonstellationen zu konstruktiven Lösungen führen können und dass sich fallübergreifende Kriterien offenlegen lassen, die für eine erfolgreiche Konfliktlösung erforderlich sind. In der internationalen Forschung wird diesbezüglich vermutet, dass lokalistische Praktiken entweder (eher) partizipations- oder (eher) identitätsorientiert sein können, und dass lokalistische Diskurse, sowohl (eher) kommunitaristische als auch (eher) kosmopolitische Ausprägungen haben können – mit jeweils spezifischen Implikationen für lokale Konfliktkonstellationen.

Zentral für das Vorgehen ist ein dialogisches Voranschreiten zwischen akademischer Reflexion und forschungspraktischer Feldarbeit. Dies wird auch durch ein Workshopverfahren ermöglicht. Hier wird einerseits mit einem interdisziplinären und überregionalen Forschungsnetzwerk zusammengearbeitet. Anderseits sollen die praxisbezogenen Netzwerke, mit denen kollaborativ zusammengearbeitet wird, dadurch gestärkt werden und wachsen. So soll schließlich fundiertes Handlungswissen dazu bereitgestellt werden, wie zivilgesellschaftliche und öffentliche Akteur*innen ihr Handeln im Lokalen und ihren Umgang mit lokalistischen Praktiken und Diskursen so ausrichten können, dass deren Potenziale für innergesellschaftliche friedensstiftende Maßnahmen bestmöglich erkannt und genutzt werden können.

Datensatzprojekt zur mehrdimensionalen Messung von Militarisierung (3m-Dataset)

Projektleitung
Prof. Dr. Aurel Croissant und
Dr. Markus Bayer
Institution
Institut für Politische Wissenschaft, Universität Heidelberg und Bonn International Center for Conflict Studies (BICC) GmbH
Fördersumme
48 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Pilotprojekt, 12 Monate

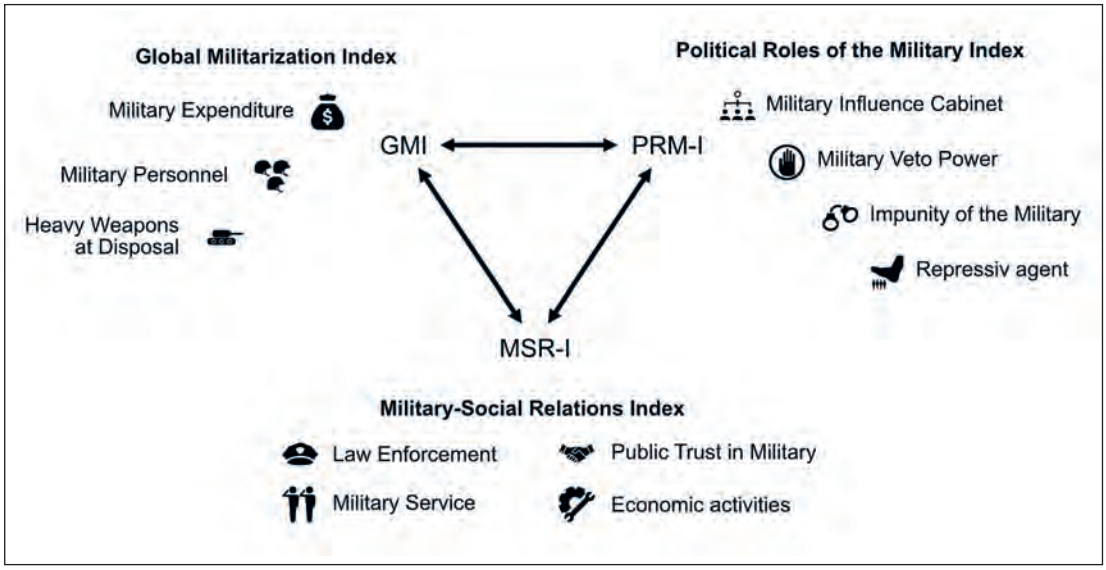
Organisationsformen, politische Funktionen, wirtschaftlicher Einfluss und gesellschaftlicher Stellenwert des Militärs unterliegen einem kontinuierlichen Wandel. Gleichwohl ist das Militär auch im 21. Jahrhundert ein Grundelement moderner Staatlichkeit. Die jüngsten Entwicklungen in der Ukraine und die Reaktionen der westlichen Staaten und ihrer Gesellschaften auf den russischen Angriffskrieg verdeutlichen die weiterhin ungebrochene, in den kommenden Jahren vermutlich noch steigende Bedeutung des Militärs für das wirtschaftliche und soziale Leben selbst in den gefestigten demokratischen Verfassungsstaaten in Europa.

Die Friedens- und Konfliktforschung, Militärsoziologie, Politikwissenschaft und Politische Ökonomie liefern zahlreiche Hinweise darauf, dass die Militarisierung dieses Beziehungsgeflechts von Streitkräften, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Einfluss auf die Konfliktanfälligkeit von Staaten im Inneren und nach außen, auf politische Gemeinschafts- und Identitätsbildung, die Konsolidierung demokratischer und nichtdemokratischer Regime sowie auf deren Staatstätigkeit und auf nachhaltige Entwicklung hat.

Das Forschungsinteresse dieses Projekts gilt der empirischen Erfassung von Formen und Intensitäten von Militarisierung im weltweiten Vergleich. Militarisierung wird dabei als ein multidimensionales Phänomen begriffen, welches sich über drei Ebenen erstreckt: Auf der Regimeebene wird der politische Einfluss des Militärs adressiert. Eng damit verknüpft erfassen wir auf der Ressourcenebene die dem staatlichen Militär finanziellen und personellen zugewiesenen gesellschaftlichen Ressourcen. Auf der Gesellschaftsebene wird letztlich die Verankerung der Streitkräfte im sozialen und wirtschaftlichen Leben ihrer Gesellschaften in den Blick genommen. Bislang leidet die systematisch empirisch-vergleichende Analyse – auch mit dem Ziel der evidenzbasierten Politikberatung – von Formen, Niveaus, Ursachen und Konsequenzen von (De-)Militarisierung in unterschiedlichen Gesellschaften und über Zeiträume an einem eklatanten Mangel an validen Daten. Dies führt dazu, dass lediglich Einzelaspekte und -fälle in unterschiedlichen Forschungsfeldern getrennt voneinander diskutiert und erforscht werden.

Vor diesem Hintergrund zielt die Pilotstudie an der Universität Heidelberg und dem Bonn International Center for Conflict Studies auf die Entwicklung und Messung eines multidimensionalen Konzeptes von Militarisierung, die Anpassung bzw. Entwicklung von Messinstrumenten für drei Dimensionen der Militarisierung und die damit korrespondierende Datenerhebung für etwa 150 Länder im Zeitraum von 1990 bis 2020. Das Projekt will mit der Erstellung des neuen „3M-Dataset“ die Grundlagen für die Produktion neuer und erweiterter Erkenntnisse über die Triebkräfte und Auswirkungen von ressourcen-, politik- und gesellschaftsbezogener Militarisierung schaffen und eine systematische empirische Forschung zu ihren Interdependenzen ermöglichen.

Dazu sollen bereits existierende Messinstrumente, wie der Global Militarization Index und der Political Roles of the Military Index zusammengeführt und ihr räumlicher und zeitlicher



Eigene Darstellung; Indikatoren, Komponenten & Dimensionen Militarisierung.

Abdeckungsgrad verbessert werden. Zudem sollen diese durch einen neu zu entwickelnden Military-Social Relations Index komplementiert werden. Die neue Datenbasis soll dazu genutzt werden drängenden Fragestellungen in drei Forschungsbereichen bearbeiten zu können:

1. Welche Kombinationen und Muster von ressourcenbezogener, politischer und gesellschaftlicher Militarisierung lassen sich seit 1990 erkennen?

2. In welcher Beziehung stehen Militarisierung und gewaltförmiger Konfliktaustrag im Zeitraum 1990 bis 2020?

3. In welcher Beziehung stehen Militarisierung und Prozesse der Demokratieerosion seit 1990?

Innerhalb der Pilotphase soll insbesondere die erste Forschungsfrage adressiert werden. Das Forschungsdesign zur Beantwortung von Frage 1 sieht einen methodenkombinierenden Ansatz vor. Dieser besteht aus einer primären deskriptiv-statistische Auswertung der Datensätze, um Muster von ressourcenbezogener, politischer und gesellschaftlicher Militarisierung seit 1990 zu identifizieren. Aufbauend auf diesen identifizierten Mustern sollen in einem zweiten Schritt Idealtypen der Militarisierung seit Ende des Kalten Krieges entwickelt werden. Um diese weiter zu plausibilisieren und im Hinblick auf ihre Entstehung und ihre internen Dynamiken zu substanzialisieren, sollen diese in sekundären Fallanalysen genauer analysiert werden. Diese Einzelfallstudien ermöglichen nicht nur tiefere Einblicke in die Ursachen bzw. Treiber hinter den jeweiligen Militarisierungstypen und die Interaktionen zwischen den verschiedenen Ebenen, sondern erlauben auch erste Rückschlüsse auf ihre Auswirkungen auf inner- und zwischenstaatliche Gewaltanwendung sowie auf Regimestabilität und Demokratie.

Die wissenschaftlichen Ergebnisse der Pilotstudie werden in einer internationalen Fachzeitschrift als Datenfeature und in einem Policy-Paper veröffentlicht. Die Ergebnisse dienen als Vorarbeit für weitere Forschungen in großvolumigeren Projekten.

Machbarkeitsstudie über „Technische Vertrauensbildende Maßnahmen“ zur Stärkung des Biowaffenübereinkommens

Projektleitung
Prof. Dr. Wolfgang Streit und
Dr. rer. nat. Mirko Himmel
Institution
Institut für Pflanzenwissenschaften und Mikrobiologie, Abt. Mikrobiologie und Biotechnologie, Universität Hamburg
Fördersumme
149 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Profilprojekt, 30 Monate

Das Biowaffenübereinkommen (BWÜ) von 1975 ist ein internationaler Abrüstungs- und Rüstungskontrollvertrag zum Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung oder Weitergabe von biologischen und Toxin-Waffen. Es ist der erste Vertrag, der eine ganze Waffenkategorie unter Verbot stellt. Allerdings fehlt dem BWÜ, anders als dem Chemiewaffenübereinkommen, ein vertraglich vereinbartes Verifikationsregime zur Überprüfung der Vertragstreue der Mitgliedsstaaten. Alle Bemühungen, einen rechtlich verbindlichen Überprüfungsmechanismus nachträglich zu implementieren, sind bisher gescheitert.

In Anerkennung dieses Mangels wurden bereits 1986 durch die 2. Überprüfungskonferenz zum BWÜ sogenannte Vertrauensbildende Maßnahmen (VBM) als Transparenzmechanismus etabliert. Das sind jährlich einzureichende, formularbasierte Deklarationen durch die Vertragsstaaten, wobei es aber keine vertragliche Verpflichtung zur Teilnahme an diesem Mechanismus gibt. Die stark unterschiedliche Qualität der Deklarationen und die relativ geringe Einreichungsrate von unter 50% lassen dieses Instrument als weniger effektiv erscheinen. Weitere Ansätze wie die freiwillige Durchführung von Transparenzbesuchen in BWÜ-relevanten Einrichtungen sollen einer verbesserten Vertrauensbildung zwischen den Mitgliedsstaaten dienen, keiner dieser Ansätze aber reicht an den Umfang eines Verifikationsprotokolls heran.

Durch die 3. Überprüfungskonferenz zum BWÜ von 1991 wurde daher eine Expertengruppe (VEREX) eingesetzt, die von 1992 bis 1993 wissenschaftlich-technische Vorschläge für einen Überprüfungsmechanismus unterbreiten sollte, darunter auch naturwissenschaftliche Analyseverfahren wie Spektroskopie und Chromatographie. Von 1995 bis 2001 verhandelte die von den Vertragsstaaten mandatierte Adhoc-Gruppe den Entwurf eines Zusatzprotokolls. Diese Verhandlungen scheiterten überraschend kurz vor ihrem Abschluss im Jahr 2001. Eine Wiederaufnahme der Verhandlungen ist seit zwei Jahrzehnten nicht gelungen, so dass die VBM der einzige durch die Vertragsstaaten etablierte Transparenzmechanismus sind.

Das Profilprojekt setzt hier an und nimmt die technischen Empfehlungen der VEREX-Gruppe auf. Das Forschungsvorhaben verfolgt im Rahmen einer Machbarkeitsstudie drei wesentliche Ziele:

(a) Horizon Screening zur Identifikation neuer „Technische Vertrauensbildende Maßnahmen“ (TVBM) für das Biowaffenübereinkommen

(b) Etablierung einer nichtinvasiven Methode zur Charakterisierung mikrobieller Kulturen als TVBM im Pilotmaßstab

(c) Evaluierung des Einsatzpotenzials von TVBM für rüstungskontrollpolitische Aufgaben im BWÜ durch eine interdisziplinär zusammengesetzte Expertengruppe

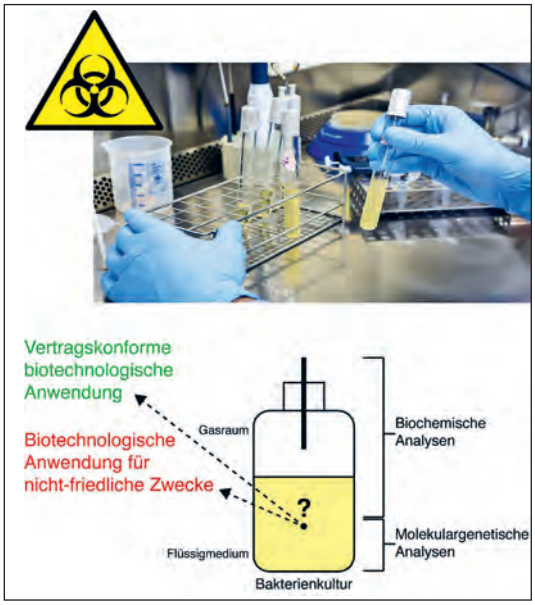
Das Projekt wird in seinem theoretischen Anteil eine Übersicht generieren, welche Technologien sich insbesondere als TVBM zur Stärkung des

BWÜ eignen würden. Im laborpraktischen Anteil wird aufbauend auf den eigenen Vorarbeiten und auf bereits publizierten Ansätzen für nicht-invasive Analysen mikrobieller Kultivierungsansätze ein konkreter Vorschlag für eine TVBM erarbeitet. Diese Methoden können prinzipiell bei Vor-Ort-Inspektionen oder kontinuierlichen Beobachtungsprozessen z.B. in der zivilen Biotechnologieindustrie zur Anwendung kommen.

Grundsätzlich können zwei grundlegend verschiedene, zukünftige Einsatzszenarios für bioanalytische Methoden im BWÜ-Kontext unterschieden werden: kurzfristig anberaumte Verdachtsinspektionen bei erheblichem Zweifel an der Vertragstreue des betreffenden Mitgliedsstaats oder vertraglich vereinbarte, regelmäßige Überprüfungen der Deklarationen zum Betrieb relevanter biotechnologischer Einrichtungen. Gegenwärtig ist nicht vorhersehbar, in welchem Umfang Technische Vertrauensbildende Maßnahmen zukünftig in das BWÜ-Regime integriert werden würden.

Nach Jahren der politischen Zurückhaltung ist seit 2014 eine vermehrte Diskussion unter den BWÜ Vertragsstaaten über eine institutionelle Stärkung des Übereinkommens zu verzeichnen. Eine fundierte Datenbasis zu Einsatzmöglichkeiten und Limitationen Technischer Vertrauensbildender Maßnahmen kann einen entscheidenden Impuls setzen, dem BWÜ Werkzeuge an die Hand zu geben, wie sie zum Teil fester Bestandteil im Chemiewaffenübereinkommen sind. Darüber hinaus besteht Beratungsbedarf seitens der BWÜ Vertragsstaaten, welche neuartigen Entwicklungen in der Biologie besonderer Beobachtung bedürfen, um einerseits Missbrauchspotenziale frühzeitig zu erkennen, andererseits Einsatzpotenziale zur Stärkung des Abkommens sichtbar werden zu lassen.

Die gewonnenen Ergebnisse werden aus rüstungskontrollpolitischer Sicht einer Bewertung in Bezug auf ihre Umsetzbarkeit unterzogen. Dies geschieht in einem interdisziplinären Arbeitskontext gemeinsam mit Wissenschaftler*innen der



© UHH/MENTZ, EIGENE DARSTELLUNG

Laborarbeiten mit mikrobiologischen Kulturen und schematische Darstellung möglicher Untersuchungsverfahren als Technische Vertrauensbildende Maßnahme für das Biowaffenübereinkommen.

Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt/Main. Ein wesentliches Ziel des Projektes ist es, den politischen Diskurs über TVBM im BWÜ als effektive Unterstützung der bisherigen Transparenzwerkzeuge (wie die VBMs oder den Peer-Review-Mechanismus) zu initiieren. Eine mögliche Plattform zur Verwertung der angestrebten praktischen und theoretischen Projektergebnisse wäre das wissenschaftliche Beratungsgremium, dessen Implementierung Verhandlungsgegenstand auf der kommenden 9. Überprüfungskonferenz zum BWÜ sein könnte.

Die angestrebten Ergebnisse des Forschungsvorhabens sollen einen wesentlichen Beitrag zur politischen Debatte innerhalb des BWÜ über die zukünftige Weiterentwicklung dieses Rüstungskontrollvertrages leisten. Anhand wissenschaftlichtechnischer Vorschläge für potenzielle Verifikationsmaßnahmen lässt sich der Dialog über Stärken und Limitationen einer Verifikation des BWÜ vorantreiben. Besonders interessant wäre eine Erprobung der entwickelten Technischen Vertrauensbildenden Maßnahme im Rahmen gemeinsamer Transparenzaktivitäten.

Forensische Messungen in Reaktoren zur Überprüfung der nuklearen Abrüstung: Ein neuer Ansatz

Projektleitung
Prof. Dr. rer. nat. Malte Göttsche
Institution
Aachen Institute for Advanced Study in Computational Engineering Science (AICES), RWTH Aachen University
Fördersumme
130 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Profilprojekt, 30 Monate

In den letzten Jahren befindet sich die nukleare Abrüstung zunehmend in der Krise. Die Zeiten der erheblichen Reduktionen in den Arsenalen der zwei großen Atommächte USA und Russland sind vorbei, wichtige Abkommen zwischen ihnen sind zerbrochen. Auch abseits der großen Atommächte stehen die Bemühungen um Nichtverbreitung und Abrüstung von Atomwaffen unter Druck, die Verhandlungen um die Atomprogramme in Ländern wie dem Iran oder Nordkorea scheinen festgefahren.

Trotz oder gerade wegen der aktuellen Krise ist es jedoch umso wichtiger aktiv daran zu arbeiten, verlorenes Vertrauen wiederherzustellen und auf den Pfad der Abrüstung zurückzukehren. Eine wichtige Voraussetzung hierzu ist die Verfügbarkeit wissenschaftlicher Methoden, um Rüstungskontrollvereinbarungen zu überwachen und deren Einhaltung zu überprüfen. Nur auf Basis nachvollziehbaren und auf allen Seiten anerkannten Verifikationsmechanismen können substanzielle Fortschritte erzielt werden.

Moderne Nuklearwaffen bestehen im Kern aus hochangereichertem Uran und/oder Plutonium. Letzteres entsteht beim Betreiben eines Atomreaktors innerhalb des Reaktortreibstoffs. Durch Jahrzehnte des Reaktorbetriebs haben sich große Vorräte an Plutonium angesammelt, genug, um ein Vielfaches der zurzeit in der Welt vorhandenen Nuklearwaffen zu produzieren. Für nukleare Abrüstung ist es daher langfristig unabdingbar diese Vorräte zu quantifizieren und zu überwachen, nur so kann Abrüstung irreversibel sein.

Um die Vorräte adäquat überwachen zu können muss zunächst Klarheit darüber herrschen, wie groß sie tatsächlich sind – und diese Klarheit zu erhalten ist nicht einfach. Zwar existieren in aller Regel detaillierte Aufzeichnungen etwa über den Betrieb nuklearer Reaktoren, anhand derer sich in der Theorie auch die Menge an produziertem Plutonium nachvollziehen ließe. Die Authentizität dieser Aufzeichnungen kann jedoch unter Umstände in Frage stehen. Selbst falls keine absichtliche Täuschung vorliegt, können die Aufzeichnungen – gerade im Falle historischer Programme aus den Anfangszeiten des Betriebs von Nuklearreaktoren – schlicht zu ungenau sein. Einen wichtigen Beitrag zur Quantifizierung produzierter Plutoniumbestände könnte hier eine wissenschaftliche Methode leisten, die es ermöglichen könnte, die vorhandenen Aufzeichnungen verlässlich zu verifizieren.

Eine solche Methode werden wir im Laufe des Projektes entwickeln. Als Grundlage nutzen wir hierbei (am Computer simulierte) Messungen von Proben innerhalb des Reaktorkerns, welche aus abgeschalteten Atomreaktoren gewonnen werden können. Strukturelle Bestandteile im Kern des Reaktors wie beispielsweise Rohre oder das Moderatormaterial sind im Laufe des Reaktorbetriebs der durch die dort ablaufende Kettenreaktion entstehenden Neutronenstrahlung ausgesetzt. Diese Neutronen interagieren mit den Materialien und verändern so deren Zusammensetzung. In welcher Häufigkeit die diversen möglichen Interaktionen auftreten, und damit auch wie sich das veränderte Material am Ende zusammensetzt, hängen von der

© DEFENSE NUCLEAR FACILITIES SAFETY BOARD, WASHINGTON

Mehrere Reaktoren wurden in Savannah River (USA) betrieben um militärisches Plutonium zu produzieren.

Form und Stärke der Neutronenstrahlung ab, welche wiederum direkt aus den Details des Reaktorbetriebs hervorgehen. Eine Messung des Materials enthält also Informationen, die wir für unsere Zwecke verwenden können.

Die Abläufe im Inneren eines Reaktors sind gut verstanden – es lässt sich am Computer simulieren welches Neutronenspektrum eine bestimmte Konfiguration hervorruft und welche materiellen Änderungen daraus entstehen. Direkt umkehren lässt sich diese Computersimulation jedoch nicht. Um dennoch aus den gemessenen Materialien Rückschlüsse auf die Betriebshistorie des Reaktors ziehen zu können, werden wir daher statistische Methoden zur Anwendung bringen.

Um die Simulationen zu ermöglichen, werden wir zunächst detaillierte Computermodelle einiger Reaktoren erstellen, und soweit möglich durch den Vergleich von Simulationsergebnissen mit echten Messdaten überprüfen. Diese Modelle werden wir dann verwenden, um anhand verschiedener Szenarien des Reaktorbetriebs und entsprechender Materialbestrahlung zu untersuchen, welche Informationen genau sich jeweils in den Materialien widerspiegeln. Letztlich werden wir einen Algorithmus entwickeln, der sich durch geschickte Wahl von möglichen Test-Betriebshistorien und Abgleich der entstehenden Simulationsergebnisse mit den gemessenen Daten sukzessive der korrekten Historie anzunähern vermag.

Neben der technischen Entwicklung des Algorithmus wollen wir uns auch mit konkreten Einsatzszenarien auseinandersetzen. Das naheliegendste Szenario wäre hier eine Einigung bezüglich der Denuklearisierung von Nordkorea. Dies würde unweigerlich die Notwendigkeit mit sich bringen, den dort stattgefundenen Reaktorbetrieb nachzuvollziehen, um eine genaue Abschätzung des vorhandenen Spaltmaterials zu erhalten. Nordkorea hat in der Vergangenheit bereits einmal ausführliche Dokumente über den Betrieb seines Atomreaktors zur Verfügung gestellt. Im Falle einer neuen Vereinbarung könnte dies erneut verlangt werden, und diese Dokumente gälte es dann zu verifizieren. Wir wollen betrachten, welchen Beitrag die von uns entwickelte Analyse hier leisten könnte.

Widerstände und Rückschritte in der Realisierung von gendersensiblen Menschenrechten in der Friedensförderung

Projektleitung
Dr. Simone Wisotzki und
Victoria Scheyer
Institution
Leibniz-Institut Hessische Stiftung
Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)
Fördersumme
50 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Pilotprojekt, 12 Monate

Die stetig wachsende Zahl von Resolutionen und Abkommen zu gendersensiblen Menschenrechten gaben Anlass zur Hoffnung, dass diese Entwicklung beständig voranschreitet. Unter gendersensiblen Menschenrechten versteht die feministische Friedensforschung solche Menschenrechte, die die Rechte und Bedürfnisse von Menschen je nach gender, sexueller Orientierung oder ethnischer Zugehörigkeit in den Blick nehmen. Dazu zählen zum Beispiel sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte, der Schutz vor häuslicher Gewalt oder Selbstbestimmungsrechte sexueller Orientierung und Geschlechteridentität. International und national wurden Strategien und Praktiken für gendersensible und -inklusive Ansätze der Friedensförderung entwickelt, wie z.B. Nationale Aktionspläne zur Umsetzung der Agenda „Frauen, Frieden, Sicherheit", welche u.a. die Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen fordert.

Trotz dieser bedeutenden Fortschritte gab und gibt es immer wieder Widerstände und Rückschritte in der Realisierung gendersensibler Menschenrechte, sowohl auf der internationalen, staatlichen als auch auf der lokalen Verhandlungsebene. Ein bekanntes Beispiel ist der öffentliche Widerstand gegen die LGBTQI*-Rechte im kolumbianischen Friedensvertrag, der unter anderem zu dessen Scheitern geführt hat. Aber auch auf lokaler Ebene treten Widerstände auf, wie das Beispiel Afghanistans und die tödliche Gewalt gegen Menschenrechtsaktivist*innen zeigt. Die Untersuchung der Widerstände und Rückschritte in der Friedensförderungspraxis steht im Zentrum dieser Pilotstudie. Die Forschungsfrage der Studie lautet daher: Was nehmen Stakeholder, die gendersensible Menschenrechte in der Friedensförderung realisieren wollen als Widerstände und „gender backlashes" wahr und wie gehen sie damit um?

Widerstände gegen gendersensible Menschenrechte und Streit um die Bedeutung von gender gibt es, seit „gender" den Menschenrechtsdiskurs der Vereinten Nationen erreicht hat. Diese Widerstände kommen auf verschiedenen Ebenen politischer und gesellschaftlicher Prozesse vor: international in den VN-Institutionen, transnational ausgehend von verschiedenen rechten, autoritären und religiösen antigender Bewegungen, national von konservativen und rechten Parteien. In der Literatur werden Widerstände als Praktiken und Prozesse gegen sozialen und politischen Wandel beschrieben. Rückschritte und „backlash" bedeutet die aktive Gegenreaktion, Blockadepolitik und die Umkehrung bereits verankerter gendersensibler Menschenrechte. Während sich Widerstände und Rückschritte in der Peacebuilding-Praxis auf vielfältige Art und Weise beobachten lassen, fehlt jedoch spezifische und systematische Forschung darüber. Diese Forschungslücke adressiert die Pilotstudie und verknüpft verschiedene Literaturstränge miteinander: die feministische Forschung zu und Kritik an liberalem Peacebuilding, die Normen- und Normkontestationsforschung der Internationalen Beziehungen und die Forschung zu antigender Bewegungen und gender backlash.

© UN WOMEN/RYAN BROWN

Dem Projekt liegt ein mehrdimensionales Design zu Grunde: Wir wollen zum einen verschiedene Stakeholder interviewen, die wir nach dem Grad ihres Engagements im Bereich geschlechtersensible Menschenrechte in der Friedensförderung fragen. Feministische Außenpolitik prägt die Sichtweise und auch die Wahrnehmung der Akteur*innen, die mit der Umsetzung geschlechtersensibler Menschenrechte in der Friedensförderung betraut sind. Wir nehmen deshalb an, dass Widerstände, vor allem aber Rückschritte im Bereich der Friedensförderung in Staaten mit einer explizit feministischen Außenpolitik, stärker wahrgenommen werden. Außerdem soll diesen Widerständen mittels entsprechender politischer Strategien begegnet werden. In unserem qualitativen Forschungsdesign haben wir neben staatlichen Vertreter*innen bewusst auch regionale und nichtstaatliche Stakeholder als Interviewpartner*innen hinzugenommen, weil uns die Wahrnehmung von Widerständen und Rückschritten interessiert und die Strategien des Umgangs damit. Oftmals sind es nichtstaatliche Akteur*innen, die eine feministische Außenpolitik einfordern, so dass die Wahrnehmung und Kontextsensibilität hier noch ausgeprägter sein dürften.

Die Mehrdimensionalität zeigt sich auch in der Auswahl von drei Politikfeldern: Aus der Literaturrecherche zeigt sich, dass Rückschritte (gender backlash) in einigen Politikfeldern deutlicher und in den letzten Jahren vermehrt (beispielsweise LGBTQI*-Menschenrechte) auftreten. Wir befragen unsere ausgewählten Stakeholder zu drei Politikfeldern (konfliktspezifische/häusliche Gewalt; sexuelle und reproduktive Rechte; LGBTQI*-Menschenrechte). Ziel des Projektes ist es, mehr über staatliche, transnationale und lokale Widerstände und Rückschritte in der Realisierung gendersensibler Menschenrechte in der Friedensförderung zu erfahren, um diese mittels einer Typologie zu systematisieren und Strategien des Umgangs mit diesen Widerständen und Rückschritten zu ermitteln.

Gender in der deutschen Friedens- und Sicherheitspolitik: Eine feministische Analyse deutscher Bundestagsdebatten zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr, 1987-2017

Projektleitung
Dr. Frank A. Stengel
Institution
Arbeitsbereich Internationale Politische Soziologie, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Fördersumme
135 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Profilprojekt, 30 Monate

Seit den 1990er Jahren hat sich die Bundeswehr zu einer Armee im Einsatz gewandelt. Auslandseinsätze gehören mittlerweile zum Alltagsgeschäft. Diese Entwicklung ist durchaus bemerkenswert. In der politikwissenschaftlichen Fachliteratur gilt Deutschland als Paradebeispiel für eine u.a. durch eine antimilitaristische Kultur geprägte Zivilmacht, die sich durch große Zurückhaltung beim Einsatz militärischer Mittel auszeichnet. Zudem lassen wissenschaftliche Erkenntnisse Zweifel daran aufkommen, dass Auslandseinsätze als Instrument zur Lösung „neuer" Bedrohungen wie bewaffneter Konflikte, Terrorismus und Staatszerfall besonders geeignet sind, ganz zu schweigen davon, dass sie vergleichsweise hohe Kosten und das Risiko nicht beabsichtigter negativer Konsequenzen (zivile Opfer, Eskalation) beinhalten. Demnach wäre eine immer stärkere Beteiligung an multinationalen Militäreinsätzen (einschließlich „robuster" Operationen) eigentlich nicht zu erwarten.

Das am Arbeitsbereich Internationale Politische Soziologie der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel angesiedelte Profilprojekt zum Zusammenhang zwischen Gender und Auslandseinsätzen versucht zu unserem Verständnis dieser etwas kuriosen Entwicklung beizutragen. Ausgangspunkt des Projekts ist das wissenssoziologische Argument, dass Menschen die Realität nicht direkt und ungefiltert wahrnehmen, sondern letztere sozial konstruiert ist. D.h. wie wir die Welt um uns verstehen, ist das Ergebnis gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse, und je

| © BUNDESWEHR 2012, FAHRZEUGKONTROLLE

© BUNDESWEHR 2012, SVEN T. BEI DER ARBEIT

nachdem, welche Interpretation sich durchsetzt, erscheinen bestimmte Handlungen in bestimmten Situationen näherliegend als andere. Beispielsweise hängen die Maßnahmen, die jemand als Antwort auf den Ukraine-Krieg für angemessen hält, davon ab, ob diese Person eher die NATO (-Osterweiterung) oder eher russischen Imperialismus als ursächlich ansieht.

Das Projekt konzentriert sich dabei auf einen Aspekt, der im Kontext von Militäreinsätzen häufig in der Literatur betont wird aber in Bezug auf Deutschland bisher weitgehend ignoriert wurde, nämlich die Rolle von Genderkonstruktionen, also Vorstellungen von Maskulinität (Männlichkeit) und Femininität (Weiblichkeit).

Zahlreiche Studien haben sowohl theoretische Argumente als auch empirische Beispiele für den Zusammenhang zwischen Genderkonstruktionen (und intersektionalen Konstrukten wie ethnischer Kolonialität, Orientalismus etc.) einerseits und Friedens- und Sicherheitspolitik (und insbesondere Militäreinsätzen) andererseits geliefert. Welche Handlungsoptionen zur Lösung bestimmter Politikprobleme als mehr oder weniger rational, angemessen, machbar und moralisch akzeptabel erscheinen, hängt nicht nur von ihrer „objektiven" Eignung ab, sondern wird auch z.B. durch gegenderte Verhaltenserwartungen beeinflusst. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Sicherheitspolitik, in dem maskuline Vorstellungen von (instrumenteller) Rationalität, Stärke und emotionaler Abgeklärtheit immer noch das Idealbild politischer Entscheidungsträger*innen („Staatsmänner") bilden. Ähnlich werden Interventionen oftmals mit der Notwendigkeit begründet, vermeintlich wehrlosen „Frauen und Kindern" helfen zu müssen. Diese Art von Argumenten sind u.a. deswegen instinktiv einleuchtend, weil sie an etablierte Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit anknüpfen. Diese Vorstellungen stehen der Formulierung angemessener Politiklösungen nicht notwendig im Wege, aber sie können u.U. mit dazu beitragen, dass Politiker*innen suboptimale Entscheidungen treffen – beispielsweise aus Angst, vor Kontrahent*innen, Terrorist*innen oder Wähler*innen schwach zu erscheinen.

Das Projekt untersucht mit diskursanalytischen Methoden, ob und welche spezifischen Gendervorstellungen deutsche Parlamentsdebatten zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr prägen und ob und wie diese zur Legitimierung von Militäroperationen beitragen. Der Untersuchungszeitraum umfasst die 11. (1987) bis 18. (2017) Legis-

laturperiode. Auf dieser Basis will das Projekt in Kooperation mit politischen Akteur*innen und Politikberater*innen konkrete Handlungsempfehlungen erarbeiten, wie der Einfluss potenziell kontraproduktiver gegenderter und/oder durch Kolonialität, Orientalismus oder Eurozentrismus geprägter Konstruktionen auf Entscheidungsprozesse verringert werden kann, etwa durch reflexive Politikberatung, die Befreiung von Wissensbeständen und -produktion von kolonialen Argumentationsmustern (Dekolonisierung) oder Erhöhung der Diversität der am Politik(beratungs)prozess Beteiligten. Idealerweise kann das Projekt damit einen praktischen Beitrag zur Formulierung einer konsistenten feministischen deutschen Außenpolitik leisten.

Geförderte Projekte in der thematischen Förderung 2021

Die Ausschreibungen zu den thematischen Förderlinien sollen in der Regel mit einer Fachtagung abgeschlossen werden, auf der die Ergebnisse der geförderten Projekte in einem erweiterten Kreis von Wissenschaftler*innen vorgestellt und diskutiert werden sollen. Für erste ausgeschriebene Förderlinie zum Thema „Neue Technologien: Risiken und Chancen für internationale Sicherheit und Frieden“ (2018-2019) nutzte die DSF hierfür das Forum der Kooperationstagung „SCIENCE · PEACE · SECURITY ’21“ an der TU Darmstadt.

ART DER TAGUNG	PROJEKTTHEMA	PROJEKTNEHMER*IN
Internationale Fachtagung - Kooperationsprojekt	SCIENCE · PEACE · SECURITY ’21 Aachen, 08. bis 10. September 2021	Prof. Dr. rer. nat. Malte Göttsche, Aachen Institute for Advanced Study in Computational Engineering Science (AICES), RWTH Aachen

SCIENCE · PEACE · SECURITY ’21

Projektleitung
Prof. Dr. rer. nat. Malte Göttsche
Institution
Aachen Institute for Advanced Study in Computational Engineering Science (AICES), RWTH Aachen
Fördersumme
35 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Aachen, 8. bis 10. September 2021

Das internationale Sicherheitsumfeld ist zunehmend durch den Verfall der klassischen Rüstungskontrollarchitektur, den Aufstieg von Großmachtpolitik und schwindendes Vertrauen zwischen Staaten gekennzeichnet. Die Zukunft ist unklar. Neue Entwicklungen in Militär- und Dual-Use-Technologien sowie Modernisierungsprogramme für Waffen machen die Bemühungen um Frieden und Sicherheit noch komplexer. Es ist unerlässlich, mit diesen Entwicklungen Schritt zu halten und verlorenes Vertrauen wiederherzustellen.

SCIENCE · PEACE · SECURITY ’21 brachte vom 8. bis 10. September 2021 Experten zu einer interdisziplinären, internationalen Konferenz zusammen, um diese Themen zu diskutieren. Die von der Forschungsgruppe Nukleare Verifikation und Abrüstung der RWTH Aachen organisierte Konferenz war nach der SPS '19 in Darmstadt die zweite Instanz der alle zwei Jahre stattfindenden Konferenzreihe SCIENCE · PEACE · SECURITY. Die Reihe entstand nicht zuletzt als Antwort auf die vom Wissenschaftsrat im Juli 2019 veröffentlichten ‚Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Friedens- und Konfliktforschung‘, die den Ausbau von Interdisziplinarität und Internationalität im Bereich der Friedensforschung fordern.

Unter der Überschrift ‘The impact of new technologies: Between destabilization and enabling resilience‘ wurden 5 zentrale Themenfelder diskutiert:

- Bringing Science and Politics closer together
- Confidence Building Measures, Treaties and Institutions
- Dual-Use Technology & Responsible Innovation
- Information Manipulation and Disinformation
- Increasing Autonomy in Weapon Systems

Ein wesentliches Ergebnis der Tagung war, dass für die interdisziplinäre Bearbeitung entsprechender Forschungsfragen neue Strukturen der naturwissenschaftlich-technischen Friedensforschung aufgebaut und gefördert werden müssen. Darüber hinaus sollten Netzwerke zwi-

2022 PEASEC – Wissenschaft und Technik für Frieden und Sicherheit

schen Forschenden und politischen Entscheidungsträgern gestärkt werden. Auch sollten unabhängige wissenschaftliche Institutionen eine noch größere Rolle bei der Politikberatung international spielen. Denn die Ressortforschung könne nicht sämtliche Fachexpertise abdecken.

Insgesamt zählte die Konferenz rund 220 Teilnehmer/innen, 60 Redner/innen und 18 Posterbeiträge. Präsentationen und Diskussionen fanden in insgesamt 18 thematischen Sitzungen, einer Postersitzung, 7 Plenarvorträgen und 3 Podiumsdiskussionen statt.

Die Konferenz brachte Wissenschaftler/innen und Entscheidungsträger/innen aus der ganzen Welt zusammen. Das Programmkomitee bestand aus Wissenschaftler/innen aus ganz Europa. Von den angemeldeten Teilnehmer/innen stammten etwa 50 % aus Deutschland, die meisten anderen aus Europa. Dennoch waren mit Ausnahme von Australien alle Kontinente vertreten. Ein weites Feld an Disziplinen wurde durch Vorträge abgedeckt: Physik, Chemie, Biologie, Geographie, Informatik, Mathematik, Politikwissenschaft, Jura sowie Ethik.

Die Konferenz vor Ort an der RWTH Aachen abzuhalten wurde durch die Pandemie-Situation unmöglich gemacht, weshalb sie stattdessen als reines Online-Format stattfand.

Der Tagungsband wurde von RWTH Publications veröffentlicht und ist unter https://doi.org/10.18154/RWTH-2022-02256 verfügbar. Er enthält einen Konferenzbericht sowie alle Konferenz-Abstracts. Darüber hinaus werden der Tagungsbericht sowie einige der besten Beiträge als begutachtete Artikel in einer Sonderausgabe der Friedens-Warte veröffentlicht.

Folgekonferenzen der Reihe sind bereits in Planung: Die SPS'23 soll an der TU Darmstadt und die SPS'25 am Forschungszentrum Jülich stattfinden.

Förderbereich 2: Vernetzung und Wissenstransfer

Im Förderbereich 2 unterstützt die DSF wissenschaftliche Projekte aus dem Forschungsfeld, die sich der internationalen und interdisziplinären Zusammenarbeit, der Vernetzung und dem Wissenstransfer widmen. Hierzu zählt auch die Förderung des Friedensgutachtens, das alljährlich von vier großen Forschungsinstituten der Friedens- und Konfliktforschung veröffentlicht wird. Die Einschränkungen durch die COVID19-Pandemie führten 2021 erneut dazu, dass die Nachfrage nach Fördermitteln im diesem Förderbereich deutlich geringer ausfielen.

Insgesamt erhielt die DSF elf Anträge auf Projektförderung ein, von denen fünf Vorhaben sowie das Friedensgutachten gefördert wurden. Die Fördersumme beläuft sich auf insgesamt 86 Tsd. Euro. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Fördermaßnahmen.

PROJEKTTHEMA	PROJEKTNEHMER*IN
The Rowman and Littlefield Handbook on Peace and Conflict Studies: Perspektiven aus dem globalen Süden **Leipzig, 29. September bis 01. Oktober 2021**	Prof. Dr. Solveig Richter, Institut für Politikwissenschaften, Universität Leipzig
Globale/lokale Krisen als Herausforderung für die Friedens- und Konfliktforschung, Jahreskolloquium 2021 der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) **Magdeburg, 17. bis 19. März 2021**	Prof. Dr. Alexander Spencer, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Institut für Politikwissenschaft
Praxistransfer in der Lehre der Friedens-und Konfliktforschung (Jahrestagung des Arbeitskreises Curriculum und Didaktik der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung) **Marburg, 18. bis 20. November 2021**	Prof. Dr. Thorsten Bonacker, Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg
Friedensforschung, Friedensbildung und (De)Kolonialität **Klagenfurt, 27. bis 29. Oktober 2021**	Prof. Dr. Christoph Weller, Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung der Universität Augsburg
VDW Jahrestagung 2021 – „Die Verantwortung der Wissenschaft für die Gestaltung der Zukunft“ **Berlin, 29. – 30. April 2022**	Prof. Dr. Ulrike Beisiegel, Vereinigung Deutscher Wissenschaftler VDW e.V.

Nähere Informationen zu den geförderten Tagungsprojekten sind im Förderarchiv 2021 auf der DSF-Homepage verfügbar. Im folgenden Kapitel werden zwei dieser Projekte exemplarisch vorgestellt:

Das Friedensgutachten 2021

Das jährlich erscheinende „Friedensgutachten“ ist ein Kooperationsprojekt deutscher Friedensforschungsinstitute. Es zählt zu den zentralen Instrumenten des Transfers wissenschaftlicher Erkenntnisse aus der Friedens- und Konfliktforschung in die politische Praxis und Öffentlichkeit. Das Friedensgutachten analysiert aktuelle Gewaltkonflikte und politische Krisen, es veranschaulicht Trends der internationalen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik und spricht Empfehlungen für die politische und gesellschaftliche Praxis aus. Sei 2018 ist das Friedensgutachten in voller Länge online zugänglich[1].

Die **Ausgabe 2021**, mit dem Titel: „Europa kann mehr!“, legt einen besonderen Fokus auf die friedenspolitischen Herausforderungen Europas. Die DSF unterstützte das Friedensgutachten im Förderzeitraum 2017 bis 2021 mit einem jährlichen Förderbetrag von 40 Tsd. Euro.

© HSFK

Cover des Friedensgutachtens 2021.

[1] Online abrufbar: https://friedensgutachten.de/archiv

The Rowman and Littlefield Handbook on Peace and Conflict Studies: Perspektiven aus dem globalen Süden

Projektleitung
Prof. Dr. Solveig Richter
Institution
Institut für Politikwissenschaft, Universität Leipzig
Fördersumme
20 Tsd. Euro
Datum:
Leipzig, 30. September bis 02. Oktober 2021

Ein zweitägiger Autor*innenworkshop, mit Gästen aus vier Kontinenten und dazu noch in Präsenz? Was im Frühjahr 2021 mit den ersten Planungsschritten nur als eine kühne Idee begann, entwickelte sich mit viel Optimismus und Mut tatsächlich zu einem für alle Teilnehmer*innen intensiven und erfüllenden Austausch über unterschiedliche Konzepte von Frieden und Gerechtigkeit, epistemische Hierarchien in der Wissenschaft oder partizipative Methoden der Feldforschung. Vom 30. September bis 2. Oktober 2021 fand an der Universität Leipzig mit finanzieller Förderung durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) eine internationale Transfertagung zu Perspektiven des Globalen Südens in der Friedens- und Konfliktforschung statt.

Die Fachtagung war als Autor*innenworkshop für das „Rowman & Littlefield Handbook in Peace and Conflict Studies: Perspectives from the Global South“ (erscheint 2022/2023) konzipiert und wurde von Solveig Richter (Universität Leipzig) und Siddharth Tripathi (Käthe-Hamburger-Kolleg Duisburg) organisiert. Sie widmete sich dabei im Kern der Frage, welche Unterschiede es zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden noch in konzeptioneller und empirischer Betrachtung von Frieden und Gerechtigkeit, Krieg und Gewalt gibt. Können wir eine Forschungsagenda entwickeln, die sowohl inklusiv im Hinblick auf Ansätze und Konzepte als auch partizipativ ist und somit Forscher*innen aus dem Globalen Süden eine gleichberechtigte Rolle zukommen lässt? Das Eröffnungspanel zum aktuellen Stand der Wissenschaftsdebatte und eine Diskussionsrunde zu den Auswirkungen der Pandemie im Globalen Süden wurden dabei online für die breite Öffentlichkeit geöffnet. Zusätzlich diskutierten im Rahmen einer Fishbowl-Runde „emerging scholars“ zur Frage der eigenen Positionalität und Karrierechancen angesichts bestehender Ungleichheiten und Asymmetrien zwischen Globalem Süden und Globalem Norden.

Die Tagung fand in einem hybriden Format, mit etwa 25 Gästen vor Ort und 15 weiteren Panelisten online statt. Mit Hybridtechnik konnte so allen Buchautor*innen die Möglichkeit eingeräumt werden, eigene Präferenzen im Hinblick auf die Teilnahme umzusetzen. Viele Autor*innen hatten jedoch keine Mühen gescheut und die Gelegenheit ergriffen, nach langer Pandemie-Zeit wieder zu einem wissenschaftlichen Austausch persönlich zusammenzukommen. Am ersten Abend kamen in feierlichem Ambiente im Leipziger Paulinum Wissenschaftler*innen aus der ganzen Welt, unter anderem aus Brasilien, Kolumbien, Kenia und Indien zusammen. Bereits bei den ersten Panels zeigte sich, dass die eigentlich durchaus flexibel konzipierten Slots nicht annähernd reichten, um den Diskussionshunger und die Freude am gegenseitigen Austausch zu stillen. Über den gesamten Workshop entstand so ein sehr fundierter und intensiver Fachdiskurs.

Eindrücklich wird bei allen Teilnehmer*innen dabei auch das Panel zu den Auswirkungen der Pandemie auf Forschung und Lehre im Globalen Süden bleiben. Die Panelisten schilderten dabei durchaus positive Folgen, etwa die Partizipationsmöglichkeiten für junge Frauen in Afrika dank digitaler Lehre. Dennoch hat die Pandemie

negative und langfristige Schäden erzielt, gerade im Bildungsbereich. So müssen sich etwa Universitäten in Brasilien und Indien drastischen Kürzungen gegenübersehen, die teils zu einem regelrechten Exodus jüngerer Wissenschaftler*innen geführt hätten.

Die Teilnehmer*innen vor dem Paulinum.

Bei den organisatorischen Herausforderungen einer hybriden internationalen Tagung betrat das Leipziger Team unbekanntes Terrain, was nur mit einer gehörigen Portion Pragmatismus und Beharrlichkeit gemeistert werden konnte – von täglichen Testmöglichkeiten über Einreiseanträge nur mit original unterschriebenen Einladungen in Nairobi, Flügen durch Transitländer mit völlig unterschiedlichen Reisebeschränkungen und Programmgestaltung angesichts von weltumspannenden Zeitzonen zwischen Australien und Mexiko. Selbst eine fünftägige Quarantäne wurde dabei von einem Gast in Kauf genommen, um an der Tagung teilzunehmen. Bedauerlich ist, dass trotz unermüdlichem Einsatz in Leipzig und vor Ort die Anreise für einige Teilnehmer*innen an unüberwindbaren Verwaltungshürden scheiterte. Dies traf insbesondere Kolleg*innen aus dem Globalen Süden, die aufgrund weiterhin bestehender Einschränkungen bei den deutschen Botschaften keine Visa beantragen konnten, oder aufgrund begrenzten Zugangs zu Impfungen im eigenen Land die damals noch sehr strikten Einreisebedingungen nicht erfüllen konnten. Diese strukturellen Ungleichheiten zwischen Wissenschaftler*innen aus dem Globalen Norden und Süden wurden während der Tagung immer wieder diskutiert, spiegeln sie doch im Konkreten jene Privilegien und Schwierigkeiten wider, die es weiterhin trotz vieler Bemühungen erschweren, epistemische Hierarchien zu überwinden. Viele Teilnehmer*innen bemerkten entsprechend, dass die Pandemie hierbei positive Ansätze und Initiativen zu Nichte machte und letztlich partiell einen Rückschritt auf dem Weg zu gleichen Partizipationschancen im globalen Wissenschaftssystem bedeute – trotz neuer Möglichkeiten dank zunehmender Digitalisierung.

Rückblickend lässt sich ein positives Resümee zu einer „Tagung unter Pandemiebedingungen“ ziehen. Ein intensiver und persönlicher Austausch bleibt auch für den Wissenschaftsdiskurs unersetzlich und ermöglicht gerade Nachwuchswissenschaftler*innen, Netzwerke zu knüpfen, eigene Kompetenzen bei Präsentationen und Diskussionen zu schulen und ihre Forschungsthemen auf die Agenda zu setzen. Gleichwohl ist es als ein großer Fortschritt zu erachten, dass die Digitalisierung an Universitäten auch die im Hinblick auf Klimawandel und Gesundheitsschutz durchaus kritisch zu betrachtenden Reiseaktivitäten ersetzen kann. So war eine hybride Tagung aufwendiger als ein reines Präsenz- oder Digitalformat. Sie verband jedoch einen intensiven Diskurs in kleinem Workshop-Setting mit Inklusion und Partizipation und ist daher auch zukünftig in post-pandemischen Zeiten eine durchaus beachtenswerte Option.

Friedensforschung, Friedensbildung und (De)Kolonialität

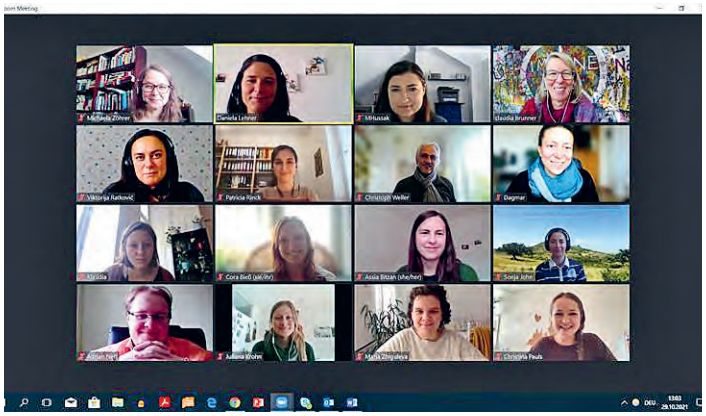
Projektleitung
Prof. Dr. Christoph Weller, Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung der Universität Augsburg
Institution
Christina Pauls, Zentrum für Friedensforschung und Friedensbildung, Institut für Erziehungswissenschaften und Bildungsforschung, Universität Klagenfurt
Fördersumme
10 Tsd. Euro
Datum:
Klagenfurt, 27. bis 29. Oktober 2021

Mit der Tagung ‚Friedensforschung, Friedensbildung und Dekolonialität' haben sich der Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung der Universität Augsburg und das Zentrum für Friedensforschung und Friedensbildung der Universität Klagenfurt zusammengetan, um post- und dekoloniale Theorien in der Friedensforschung und Friedensbildung zu stärken.

Der Workshop fand im Oktober 2021 aufgrund der Pandemie online statt; im Juli 2022 folgt in Klagenfurt ein Follow-Up Treffen in Präsenz, worauf sich die Organisator*innen wie auch die Teilnehmenden schon voller Freude vorbereiten. Das Online-Format erlaubte die Teilnahme von verschiedensten Standorten aus; Kolleg*innen aus Berlin, Oslo, Bogotá, Klagenfurt, Innsbruck, Tübingen, Augsburg und anderen Städten kamen zusammen und tauschten sich über ihre Perspektiven aus. Neben der primär deutschsprachigen Vernetzung zwischen in Österreich und Deutschland verorteten Wissenschaftler*innen war damit auch eine Öffnung für die Teilnahme von weiter her möglich.

Der Workshop im Oktober basierte auf den schriftlichen Einreichungen der Teilnehmenden, die sich mit verschiedenen Facetten dekolonialer Friedensbildung und Friedensforschung auseinandersetzen. Anhand des ‚Gegenleseprinzips' wurden Texte von ihrer Autor*innenschaft entkoppelt und durch eine textfremde Person präsentiert, zusammengefasst und kommentiert. Auf dieser Ebene fanden tiefgründige inhaltliche Aushandlungen statt, zum Beispiel über Potentiale und Erfahrungen mit diskriminierungssensibler Pädagogik in der Friedensbildung, aber auch über grundlegende Fragen zur Konzeption einer möglichen dekolonialen Friedenspädagogik.

Fast alle Teilnehmenden bewegen sich beruflich an der Schnittstelle von dekolonialer Friedensforschung und ihrer pädagogischen Vermittlung, manche in der universitären Lehre, andere in der politischen und/oder friedenspädagogischen Bildungsarbeit, andere wiederum im politischen Aktivismus. Alle eint jedoch die beständige und zähe Auseinandersetzung mit kolonialen Zusammenhängen, die Frieden einerseits verunmöglichen, aber auch Verständnisse von Frieden prägen, oder gar vorgeben. Was kann Frieden sein, in einer Welt, die bis heute koloniale Verhältnisse reproduziert? Wie lässt sich Frieden neu denken, wenn der Gewaltbegriff auch ‚epistemische Gewalt' mit einschließt?



Screenshot: Einblicke vom Online-Workshop.

Die Diskussion um solche und ähnliche Fragen wird einerseits beim Follow-Up Treffen weitergehen. Mit dem Follow-Up Treffen erfolgt zudem die Verstetigung der Vernetzung, nicht zuletzt, weil die Planung und inhaltliche Ausgestaltung konstante Kommunikation erfordert und ermöglicht. Dort fließen auch weitere aktuelle Themen und Fragestellungen ein, die mit Blick auf die spezifische inhaltliche Ausrichtung auf post- und dekoloniale Friedensforschung und Friedensbildung kontrovers diskutiert werden. Andererseits werden die im Workshop und Follow-Up Treffen aufgeworfenen Fragen auch im breiteren, anhaltenden wissenschaftlichen Austausch mit Friedensforscher*innen und Friedensbildner*innen thematisiert. Die entsprechenden Diskussionen werden auf vielen Ebenen zwischen Theorie, Praxis und Didaktik ausgetragen und benötigen regelmäßig Räume, in denen vom hektischen Alltagstreiben des eigenen Berufsfeldes Abstand genommen, und vor allem der wechselseitige Austausch und das gemeinsame der Friedensforschung und der Friedensbildung ins Zentrum gerückt werden kann.

Stiftungseigene Publikationen

Die stiftungseigenen Publikationsreihen sind ein fester Bestandteil der Wissenschaftskommunikation der DSF. Sie fassen die Ergebnisse aus geförderten Forschungsprojekten in kompakter Form zusammen oder dokumentieren die Veranstaltungen der Stiftung. Im zurückliegenden Jahr ist folgende Ausgabe erscheinen, die digital oder auch in print zur Verfügung steht:

Forschung DSF No. 52 | **Dr. Véronique Dudouet and Karin Göldner-Ebenthal:** Salafi-jihadi armed groups – (De)escalation paths and entry points for third-party engagement. 2021.

Aus geförderten Forschungsprojekten

Ankenbrand, Christina, Zabrina Welter und Nina Engwicht. 2021. Formalization as a tool for environmental peacebuilding? Artisanal and small-scale mining in Liberia and Sierra Leone, International Affairs, 1/2021, S. 35ff.

Ankenbrand, Christina, Zabrina Welter und Nina Engwicht. 2021. Mining for peace? The formalization of artisanal and small-scale mining. International Affairs Blog, 08.02.2021.

Ankenbrand, Christina, Zabrina Welter und Nina Engwicht. 2021. Friedensförderung durch Formalisierung? Perspektiven im Kleinbergbau. Friedensakademie Rheinland-Pflanz Blog, 02.03.2021.

Aust, Helmut und Esra Demir-Gürsel. 2021. The European Court of Human Rights Current Challenges in Historical Perspective. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.

Baumeister, Martin und Benjamin Ziemann. 2021. Introduction: Peace Movements in Southern Europe during the 1970s and 1980s. In: Journal of Contemporary History, 56(3), 563–578.

Bonfreschi, Lucia. 2021. 'Against Any Army': Italian Radical Party's Antimilitarism from the 1960s to the Early 1980s', In: Journal of Contemporary History, 56(3), 595–616.

Calvão, Filipe, Christina Ankenbrand, Mirjam A.F. Ros–Tonen und Michael D. Beevers. 2021. Extractive industries and human security: An overview, In: The Extractive Industries and Society, Volume 8, Issue 4.

Clavarino, Lodovica. 2021. Italian Physicists and the Bomb: Edoardo Amaldi's Network for Arms Control and Peace during the Cold War. In: Journal of Contemporary History, 56(3), 665–692.

De Juan, Alexander, Felix Haass und Jan Pierskalla. 2021. The Partial Effectiveness of Indoctrination in Autocracies: Evidence from the German Democratic Republic. In: World Politics, 73(4), 593-628.

Distler, Werner und Miriam Tekath. 2021. Robuste Mandate, Robustes Wissen? Mali-Mandate im Bundestag (2013-2021), In: CCS Policy Paper No. 6, Philipps Universität Marburg.

Dornschneider, Stephanie, Miles Hewstone, Oliver Christ, Sarina Schäfer, Samer Halabi und Danit Sobol-Sarag. 2021. Can Jews and Palestinians live peacefully in Israel? The data on mixed neighborhoods says yes. The Washington Post, 04.06.2021.

Engwicht, Nina und Christina Ankenbrand. 2021. Natural Resource Sector Reform and Human Security in Post-Conflict Societies: Insights

from Diamond Mining in Sierra Leone. In: The Extractive Industries and Society Volume 8, Issue 4.

Fritz, Cornelius, Marius Mehrl, Paul W. Thurner und Göran Kauermann. 2021. The Role of Governmental Weapons Procurements in Forecasting Monthly Fatalities in Intrastate Conflicts. In: International Interactions, 29.11.2021.

Harig, Christopher. 2021. Die Schattenseite robuster Friedensmissionen. PEACELAB Blog des Global Public Policy Institute (GPPi), 29.03.2021.

Karamouzi, Eirini. 2021. 'Out With the Bases of Death': Civil Society and Peace Mobilization in Greece During the 1980s. In: Journal of Contemporary History, 56(3), 617–638.

Kelle, Alexander. 2021. Chemiewaffeneinsätze aufklären und ahnden – Syrien als Testfall für das Weltrechtsprinzip? In: IFSH Research Report #004.

Kelle, Alexander. 2021. Deutschland und das Verbot chemischer Waffen – zwischen Kontinuität und Neuausrichtung, in C. Fichtlscherer u.a.: Rüstungskontrolle für die nächste Bundesregierung. Ein Empfehlungsbericht, In: IFSH Research Report #006, Hamburg, Juni 2021, 36-41.

Kornetis, Kostis. 2021. Cultural Resistances in Post-Authoritarian Greece: Protesting the Turkish Invasion of Cyprus in 1974. In: Journal of Contemporary History, 56(3), 639-664.

Krause, Ulrike und Nadine Segadlo. 2021. Conflict, Displacement … and Peace? A Critical Review of Research Debates, In: Refugee Survey Quarterly, Volume 40, Issue 3, September 2021, 271–292.

Krause, Ulrike, Nadine Segadlo und Franzisca Zanker. 2021. Press Release, „Studie: Corona-Pandemie hat weitreichende Folgen für Geflüchtete in afrikanischen Staaten", Universität Osnabrück.

Krause, Ulrike, Nadine Segadlo und Franzisca Zanker. 2021. Forschungen zur Situation in afrikanischen Flüchtlingscamps, Interview Deutschlandfunk Kultur.

Langer, Phil C., Aisha-Nusrat Ahmad, Ulrike Auge und Khesraw Majidi. (Hrsg.) 2021. Jugend in Afghanistan. Ringen um Zukunft in Zeiten des Krieges. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Logo, Kuyang Harriet. 2021. The Political Stakes of Displacement in South Sudan. In: Veröffentlichung des ABI (Arnold Bergstraesser Institute).

Lomellini, Valentine. 2021. Under Attack? The PCI and the Italian Peace Movement in the 1980s. In: Journal of Contemporary History, 56(3), 579–594.

Mehrl, Marius und Paul W. Thurner. 2021. The Effect of the COVID-19 Pandemic on Global Armed Conflict: Early Evidence. In: Political Studies Review 19(2), 286-293.

Mehltretter, Andreas. 2021. Arming for Conflict, Arming for Peace? How Small Arms Imports Affect Intrastate Conflict Risk. In: Conflict Management and Peace Science, 39(6), 637–660.

Mehltretter, Andreas. 2021. Arming for Conflict: Small Arms Imports and the Onset of Intrastate Violence. In: Conflict Management and Peace Science, 16.11.2021.

Meier, Oliver und Alexander Kelle. 2021. The Navalny poisoning: Moscow evades accountability and mocks the Chemical Weapons Convention. In: Bulletin of the Atomic Scientists, 19.10.2021.

Moyo, Khangelani, Kalyango Ronald Sebba und Franzisca Zanker. 2021. Who is watching? Refugee protection during a pandemic – responses from Uganda and South Africa, In: Comparative Migration Studies, 9, 1-19.

Pilch, Mathias, Jürgen Altmann und Dieter Suter. 2021. Survey of the Status of Small Armed and Unarmed Uninhabited Aircraft Preventive Arms Control for Small and Very Small Armed Aircraft and Missiles. In: Eldorado, Fakultät Physik. Report Nr.1.

Quaggio, Giulia. 2021. Walls of Anxiety: The Iconography of Anti-NATO protests in Spain, 1981–6. In: Journal of Contemporary History, 56(3), 693–719.

Ros-Tonen, Mirjam A.F., Christina Ankenbrand und Filipe Calvão. 2021. Extractive Industries and Human Security [Special Section]. In: The Extractive Industries and Society, Volume 8, Issue 4.

Rudolph, Lukas, Markus Freitag und Paul W. Thurner. 2021. The Comparative Legitimacy of Arms Exports – A Conjoint Experiment in Germany and France, In: SocArXix Papers.

Schäfer, Sabrina J., Mathias Kauff, Francesca Prati, Mathijs Kros, Timothy Lang und Oliver Christ. 2021. Does negative contact undermine attempts to improve intergroup relations? Deepening the understanding of negative contact and its consequences for intergroup contact research and interventions. In: Journal of Social Issues, 77: 197ff.

Saalfeld, Jannis. 2021. Inter-Secular Party Competition and the (Non-)Formation of Salafi-Jihadist Milieus: Evidence from Tanzania and Kenya, Studies in Conflict & Terrorism, In: Studies in Conflict & Terrorism.

Schutte, Sebastian, Constantin Ruhe und Andrew M. Linke. 2021. How indiscriminate violence fuels conflicts between groups: Evidence from Kenya. In: Social Science Research, Volume 103.

Segadlo, Nadine. 2021. (Ir)Relevance of Peace? Reflecting Debates about Peace and Conflict in Forced Migration Studies, In: Fluchtforschungs-Blog, 21.09.2021.

Segadlo, Nadine, Ulrike Krause, Franzisca Zanker und Hannah Edler. 2021. "Everyone was overwhelmed by the fears and the panic of the unknown disease". Kenyan Refugee Protection and the COVID-19 Pandemic. In: IMIS Working Paper 10, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück.

Segadlo, Nadine, Ulrike Krause, Franzisca Zanker und Hannah Edler. 2021. Effects of the COVID-19 pandemic on refugees and their protection in Kenya, Uganda, Ghana, Nigeria, South Africa and Zimbabwe, In: ABI Working Papers No. 18.

Takaindisa, Joyce. 2021. The Political Stakes of Displacement and Migration in/from Zimbabwe.In: Veröffentlichung des ABI (Arnold Bergstraesser Institute).

Zanker, Franzisca. 2021. Südafrika: Gestrandet am Kap der guten Hoffnung. Geflüchtete und der UNHCR in Südafrika, in: iz3W 385, S.10f.

Zanker, Franzisca. 2021. African perspectives on migration: Recentring Southern Africa, in: Migration Studies, Juni 2021, Onlineveröffentlichung.

Zanker, Franzisca. 2021. "Nowhere to be found": Three Decades of UNHCR in South Africa, Völkerrechtsblog.

Zettl, Kathrin. 2021. Macht im Cyberspace: Eine Übersicht der bisherigen Forschung und künftiger Perspektiven anhand des Proxy-Konzepts. In: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung.

Aus Tagungen und Vernetzungsprojekten

Kreikemeyer, Anna. 2021. Frieden von unten. In: Frankfurter Rundschau, 26.09.2021.

Kreikemeyer, Anna und Karolina Kluczewska. 2021. Advancing Peacebuilding from the Ground up, in: Policy Brief 04|21, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

GREMIEN

ORGANE DER STIFTUNG
der Stiftungsrat
der Vorstand
GREMIUM DER STIFTUNG
der Wissenschaftliche Beirat

Der *Stiftungsrat* der DSF hat 12 Mitglieder. Fünf Sitze verteilen sich auf Wissenschaftler*innen aus dem Forschungsfeld der Friedens- und Konfliktforschung. Darüber hinaus gehören dem Organ drei Mitglieder des Deutschen Bundestages und vier von der Bundesregrung benannte Vertreter*innen an. Der Stiftungsrat hat die Aufgabe, die grundsätzliche strategische Ausrichtung der Stiftung sowie die finanziellen Rahmenbedingungen und die Programme für die Erfüllung des Stiftungszwecks festzulegen. Er beaufsichtigt ferner die Tätigkeit des Vorstands. Die Mitglieder des Stiftungsrats werden durch die Bundesministerin für Bildung Forschung stellvertretend für die Stifterin berufen.

Der *Vorstand* besteht aus fünf Mitgliedern. Er setzt sich aus vier Wissenschaftler*innen und einem wissenschaftsnahen Praxisvertreter zusammen. Der Vorstand ist für sämtliche operativen Geschäfte der Stiftung verantwortlich. Hierzu zählen die Entscheidungen über die Verwendung der Fördermittel und Umsetzung stiftungseigener Projekte. Er vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich.

Der *Wissenschaftliche Beirat* steht den Stiftungsorganen als Beratungsgremium zur Seite. Durch seine Zusammensetzung bildet er die fachdisziplinäre Breite der Friedens- und Konfliktforschung ab und kann daher eine breit gefächerte Expertise über unterschiedliche Forschungstrends und -ergebnisse in die Gestaltung und Umsetzung der Förderprogramme einbringen.

Die Mitglieder der Stiftungsgremien sind alle ehrenamtlich tätig.

Der Stiftungsrat

Dem Stiftungsrat der DSF gehörten 2021 folgende Mitglieder an:

Dr. Michael Meister, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung | Vorsitzender
Prof. Dr. Anna Geis, Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg | Stellvertretende Vorsitzende
Prof. Dr. Conrad Schetter, Bonn International Center for Conversion (BICC)
Dr. Peter Tauber, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung
Prof. Dr. Heike Krieger, Freie Universität Berlin
Michaela Noll, Mitglied des Deutschen Bundestages
Dr. Karamba Diaby, Mitglied des Deutschen Bundestages
Susanne Baumann, Auswärtiges Amt
Dr. Maria Flachsbarth, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Johannes Huber, Mitglied des Deutschen Bundestages
Prof. Dr. Dr. Sabine Freifrau von Schorlemer, Technische Universität Dresden
Prof. Dr. Michael Zürn, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB)

Die ordentliche Sitzung des Stiftungsrats fand am 28. Oktober 2021 aufgrund der Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie in einem Online-Format statt.

Der Vorstand

Der Vorstand der DSF ist in unveränderter Besetzung seit März 2016 tätig. Er setzt sich aus folgenden Personen zusammen:

Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Universität Osnabrück | Vorsitzender
Prof. Dr. Susanne Buckley-Zistel, Philipps-Universität Marburg | Stellvertretende Vorsitzende
Peter Gottwald, Botschafter a. D., Bern
Dr. Sabine Mannitz, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a.M.
Prof. Dr. Andreas von Arnauld, Direktor, Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Der Vorstand kam zu ordentlichen Sitzungen am 11. März, 28. Mai und 29. November 2021 zusammen. Sämtliche Termine fanden in einem Online-Format statt.

Der Wissenschaftliche Beirat

Der wissenschaftliche Beirat der DSF setzt sich im Jahr 2021 unverändert folgendermaßen zusammen:

Prof. Dr. Sabine Kurtenbach, GIGA Institut für Lateinamerika-Studien Hamburg | Vorsitzende
Prof. Dr. Andreas Zick, Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG), Universität Bielefeld | Stellvertretender Vorsitzender
Prof. Dr. Andrea Behrends, Universität Bayreuth
Prof. Dr. Philipp Gassert, Universität Mannheim
Prof. Dr. Robin Geiss, University of Glasgow & Direktor UNIDIR
Prof. Dr. Andreas Hasenclever, Eberhard-Karls-Universität Tübingen
Prof. Dr. Teresa Koloma Beck, Universität der Bundeswehr München
Prof. Dr. Andreas Mehler, Direktor des Arnold-Bergstraesser-Instituts für kulturwissenschaftliche Forschung, Freiburg
Prof. Dr. Christian Reuter, Technische Universität Darmstadt
Prof. Dr. Ursula Schröder, Wissenschaftliche Direktorin, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)
Prof. Dr. Dieter Senghaas, Universität Bremen
Prof. Dr. Nils B. Weidmann, Universität Konstanz
Prof. Dr. Annick Wibben, Swedish Defence University (Försvarshögskolan), Stockholm

Der Wissenschaftliche Beirat kam 2021 aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen zu keiner Sitzung zusammen.

Das Vermögen

Die DSF ist eine unabhängige Stiftung privaten Rechts, die durch die Bundesrepublik Deutschland mit einem Startkapital von 50 Mio. DM (25,56 Mio. Euro) ausgestattet wurde.

Verbesserung der Finanziellen Ausstattung der DSF

Der Wissenschaftsrat sprach sich in seinen Empfehlungen in 2019 für eine nachhaltige finanzielle Stärkung der DSF aus. Die Stiftung erhielt daraufhin aus dem Bundeshaushalt eine Zusage für Zustiftungen zum Stiftungskapital für die Jahre 2020 bis 2023 von jeweils 1,5 Mio. Euro, die über den Etat des Auswärtigen Amtes an die DSF weitergeleitet wurden bzw. werden. In 2021 floss der Stiftung die zweite Tranche in Höhe von 1,5 Millionen Euro aus dem Auswärtigen Amt (AA) zu.

Eine weitere finanzielle Unterstützung erhielt die DSF in Form einer Zuwendung aus dem Haushalt des BMBF in Höhe von 2,5 Mio. Euro. Mit diesen Projektmitteln kann die DSF insgesamt drei thematische Förderlinien mit einem Volumen von 700 Tsd. Euro (plus Programmpauschalen) ab 2022 ausschreiben.

Die finanzielle Unterstützung des Bundes hat somit folgende Effekte auf die finanzielle Ausstattung und Handlungsfähigkeit der DSF:

- Der Verzehr von Stiftungskapital für die Erfüllung des Stiftungszwecks konnte gestoppt werden.
- Das jährliche Förderbudget wurde signifikant erhöht. Die finanzielle Ausstattung einiger Förderformate konnte deutlich aufgebessert werden.
- Das strategisch wichtige Instrument der thematischen Förderlinie wurde in das Förderkonzept integriert.
- Die Zustiftungen ermöglichen der Stiftung eine – wenngleich moderate – Aufstockung des Stiftungskapitals.

Bewirtschaftung des Stiftungsvermögens

Die Stiftung hat zwei Banken – die Berenberg Bank Hamburg und die UBS Europa SE – mit der Bewirtschaftung des Stiftungsvermögens beauftragt, das fast ausschließlich in Wertpapieren angelegt ist. Die Investitionen unterliegen festen Regeln, die der Stiftungsrat in den „Grundsätzen für die Vermögensverwaltung“ vorgegeben hat. Die zulässigen Anlageklassen sind durch eine Positivliste definiert. Zudem enthalten die Grundsätze eine Reihe konkreter Bestimmungen zum Risikomanagement sowie zu den Berichts- und Dokumentationspflichten der Vermögensbewirtschafter. Hierdurch wird den Stiftungsorganen ein umfassendes Controlling der Vermögensanlage ermöglicht.

Das Vermögen ist entsprechend der Positivliste in festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und sonstigen Anlagen (Immobilienfonds) investiert. Es handelt sich bei den Wertpapieren überwiegend um Einzeltitel. Investmentfonds wie z. B. Rentenfonds und Exchange Traded Funds spielen dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Auf festverzinsliche Wertpapiere entfällt ein Mindestanteil von 60 Prozent, Aktien und aktienähnliche Produkte können in Abhängigkeit von der Kapitalmarktlage bis zu 35 Prozent ausmachen. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten gemäß den Vorschriften des HGB. In 2021 waren keine außerplanmäßigen Abschreibungen entsprechend § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB vorzunehmen.

Der Kurswert des Stiftungsvermögens liegt am 31.12.2021 bei 30,5 Mio. Euro.

Renten	18.904.500 €
Aktien	8.904.500 €
Offene Immobilienfonds	788.808 €
Liquidität	1.945.018 €

Vermögen DSF zum 31.12.2021

Wechsel in der Vermögensverwaltung und Implementierung des neuen Nachhaltigkeitskonzeptes

Im Jahr 2021 schrieb die Stiftung eines der beiden Vermögensverwaltungsmandate neu aus. Zum Jahreswechsel wurde ein Anlageportfolio auf die Bank für Kirche und Caritas als neuem Dienstleister übertragen.

Der Stiftungsrat verabschiedete im Oktober 2020 eine Neufassung der Anlagerichtlinien für die Vermögensbewirtschaftung. Hierin wurden insbesondere die Standards für die ESG-Kriterien auf eine systematischere Grundlage gestellt. Die mandatierten Vermögensverwalter erhielten eine Übergangsfrist bis zum Jahresende 2021, um die entsprechenden Anpassungen umzusetzen.

Der Jahresabschluss 2021

Die Bilanz

Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2021 beträgt 28,9 Mio. Euro. Sie ist gegenüber dem Vorjahr um knapp eine Mio. Euro oder 3,5 Prozent gestiegen. Auf der Aktivseite erhöhten sich die Liquidität um 0,4 Mio. Euro und der Bestand an Wertpapieren des Anlagevermögens um 0,6 Mio. Euro. Die Veränderung resultiert aus der Zustiftung aus dem Bundeshaushalt in Höhe von 1,5 Mio. Euro.

Auf der Passivseite ist die Veränderung der Bilanzsumme zum einen auf die Erhöhung des Stiftungskapitals (+875 Tsd. Euro) und zum anderen auf die leichte Ausweitung der Förderverpflichtungen (+118 Tsd. Euro) zurückzuführen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt in zusammengefasster Form und in Gegenüberstellung zu den entsprechenden Zahlen des Vorjahres den Stand der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2021.

Bilanz 2021

	31.12.2021	31.12.2020
AKTIVA	**EUR**	**EUR**
A. Anlagevermögen	26.769.894,20	26.197.622,73
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	9.735,87	0,00
II. Sachanlagen: Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.666,10	4.410,14
III. Finanzanlagen: Wertpapiere des Anlagevermögens	26.756.492,23	26.193.212,59
B. Umlaufvermögen	2.090.718,61	1.684.735,53
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	128.679,48	143.074,31
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.962.039,13	1.541.661,22
BILANZSUMME	**28.860.612,81**	**27.882.358,26**
Treuhandvermögen		
Ludwig Quidde-Stiftung, Osnabrück	234.276,89	230.597,30
	31.12.2021	31.12.2020
PASSIVA	**EUR**	**EUR**
A. Eigenkapital	27.468.994,62	26.593.889,58
I. Stiftungskapital	28.093.989,58	27.735.653,51
III. Jahresergebnis	-624.994,96	-1.141.763,93
B. Rückstellungen	15.291,26	34.953,75
C. Verbindlichkeiten	1.376.326,93	1.253.514,93
1. Verbindlichkeiten aus Förderleistungen	1.352.192,31	1.234.293,31
2. Sonstige Verbindlichkeiten	24.134,62	19.221,62
BILANZSUMME	**28.860.612,81**	**27.882.358,26**
Treuhandverpflichtung		
Ludwig Quidde-Stiftung, Osnabrück	234.276,89	230.597,30

Die Ertragslage

Die Erträge aus Vermögensbewirtschaftung fielen im Vergleich zum Vorjahr um 209 Tsd. Euro höher aus. Dabei gingen die ordentlichen Erträge um 27 Tsd. Euro zurück, die Erhöhung ist auf das positive Ergebnis aus dem Verkauf von Aktien zurückzuführen. Die Aufwendungen aus Vermögensbewirtschaftung fielen aufgrund der nicht vorzunehmenden Wertberichtigungen deutlich geringer aus. Das Jahresergebnis beträgt 2021 -625 Tsd. Euro (Vorjahr -1.142 Tsd. Euro). Die nachfolgende Tabelle bildet in zusammengefasster Form und in Gegenüberstellung zu den entsprechenden Zahlen des Vorjahres den die Ertragslage 2021 ab.

Gewinn- und Verlustrechnung 2021

	2021	2020
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	**EUR**	**EUR**
Erträge aus Vermögensbewirtschaftung	**689.476,56**	**480.156,85**
Erträge aus Wertpapieren des Anlagevermögens	475.308,24	502.296,66
Finanzergebnis (Vermögensumschichtung)	214.168,32	-22.139,81
Aufwendungen aus Vermögensbewirtschaftung	**136.122,17**	**408.612,19**
Entgelte der Dienstleister	98.687,03	96.390,42
Abschreibungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	300.043,20
Steuern vom Einkommen und Ertrag	37.435,14	12.178,57
Ergebnis aus Vermögensbewirtschaftung	**553.354,39**	**71.544,66**
Aufwendungen und Erträge aus Verwaltung	**-241.725,62**	**-249.323,38**
Personalaufwendungen	226.082,83	213.515,27
Sachaufwendungen unter Berücksichtigung eigener Erträge	15.642,79	35.808,11
Jahresergebnis vor Erfüllung des Stiftungszweckes	**311.628,77**	**-177.778,72**
Aufwendungen zur Erfüllung des Stiftungszweckes	**965.213,44**	**996.029,48**
Aufwendungen Projektförderung (Bewilligungen)	963.502,00	985.423,25
Wissenschaftliche Eigeninitiativen und Kooperationen	1.711,44	10.606,23
Erträge zur Erfüllung des Stiftungszweckes	**28.589,71**	**32.044,27**
Rückzahlungen Projektförderung	28.589,71	26.483,54
Förderung durch Dritte	0,00	5.560,73
Summe Förderung netto	**-936.623,73**	**-963.985,21**
Jahresergebnis	**-624.994,96**	**-1.141.763,93**

Bestätigungsvermerk

Der Vorstand stellt den Jahresabschluss auf, der Stiftungsrat bestätigt diesen und entlastet den Vorstand. Nach § 14 (4) der Satzung ist der Abschluss durch einen Wirtschaftsprüfer zu prüfen.

Für die Jahresrechnung 2021 ist durch den Wirtschaftsprüfer Reinolf Schwandt, Osnabrück, ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt worden. Der Wirtschaftsprüfer kommt hierin zu den folgenden Prüfungsurteilen:

PRÜFUNGSURTEIL

„Ich habe den Jahresabschluss der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF), Osnabrück - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft.

Nach meiner Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Stiftung zum 31. Dezember 2020 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erkläre ich, dass meine Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.“

(Aus dem Bestätigungsvermerk vom 17. Mai 2021 zitieren wir den Abschnitt Prüfungsurteil.)

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung mit Sitz in Osnabrück ist unter der Stiftungsnummer 16 (034) in das öffentliche Stiftungsverzeichnis des Amtes für regionale Landesentwicklung Weser-Ems (Stand: 03.08.2022) als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts eingetragen.

Die DSF ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen.

Die Geschäftsstelle

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung hat ihren Sitz in der Friedensstadt Osnabrück. Das Büro der Geschäftsstelle befindet sich im historischen Ledenhof. Das Team der Geschäftsstelle besteht aus drei Mitarbeiter*innen.

Dr. Thomas Held | Geschäftsführer
Petra Menke | Finanzen und Sachbearbeitung
Katharina Scheerschmidt | Kommunikation und Sachbearbeitung

Das Personaltableau der Geschäftsstelle umfasst zwei Vollzeit- und eine Teilzeitstelle (80%).

2021	
Anzahl Mitarbeiter*innen	**2,8**

Im Jahr 2021 verstärkte eine Praktikantin das Team der Geschäftsstelle. Im Rahmen eines studienbegleitenden Praktikums konnte sie Einblicke in die Aufgaben und die Arbeitsweise der Stiftung gewinnen. Die DSF leistete damit einen Beitrag zur Vermittlung berufspraktischer Fähigkeiten im Kontext der universitären Ausbildung.

Die Ludwig Quidde-Stiftung

Die Satzung ermöglicht der DSF, rechtlich selbstständige und unselbstständige Stiftungen in ihre Verwaltung zu übernehmen. Seit September 2011 befindet sich die Ludwig Quidde-Stiftung in der Verwaltung der DSF. Das Stiftungsvermögen wird als Sondervermögen geführt. Für die laufenden Geschäfte berief der Stiftungsrat einen eigenen Vorstand. Die Hauptaufgabe der Stiftung besteht in der Verleihung des mit 5.000 Euro dotierten Ludwig Quidde-Preises. Mit dem Wissenschaftspreis soll eine Persönlichkeit für herausragende Forschungsleistungen im Sinne eines wissenschaftlichen Gesamtwerkes oder eines wegweisenden Forschungsansatzes im Feld der Friedens- und Konfliktforschung ausgezeichnet werden. Mehr Informationen zur Ludwig Quidde-Stiftung finden sich im Jahresbericht 2021.

Ludwig Quidde

© 2023 Deutsche Stiftung Friedensforschung
Gestaltung, Satz und Herstellung: bvw werbeagentur und verlag GmbH und DSF
Alle Rechte vorbehalten.
Printed in Germany 2023
ISSN 2193-7923

Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF)
Am Ledenhof 3-5
49074 Osnabrück
+49 541 60035-42
www.bundesstiftung-friedensforschung.de
info@bundesstiftung-friedensforschung.de